

ROTDORN

unabhängige linke Jugendzeitschrift aus Berlin

Bildung

im Ausverkauf!

HÖRSAAL



WWW.ROTDORN.ORG

Geneigte Leserin, geneigter Leser,

wieder ist für uns ein erfolgreiches Jahr zu Ende gegangen, und das neue, 2004, wird gleich mit einer der größten und traditionsreichsten Demonstration eingeläutet – mit der „LL-Demo“, so genannt, weil sie an die Ermordung der beiden Vordenker der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, erinnert. Damals, im Januar 1919, gab es in Deutschland, seit 1848, endlich wieder revolutionäre Bestrebungen den Kaiser und die ihn stützende Bourgeoisie zu stürzen und ein neues Gesellschaftsmodell, dass zu dieser Zeit in der Sowjetunion bereits praktiziert wurde, einzuführen.

Es sollte den Arbeitern und Angestellten nicht nur bürgerliche Rechte, sondern auch soziale Rechte zubilligen und alle BewohnerInnen des Landes, und keine kleine Elite, sollten die Politik bestimmen können.

Doch durch interne Streitigkeiten und die Zusammenarbeit von regierender SPD und Überbleibseln des kaiserlichen Militärs konnte diese sozialistische Revolution verhindert werden, und unter Beibehaltung der alten Strukturen und des kaisertreuen Verwaltungsapparates wurde die Weimarer Republik etabliert. Rosa und Karl mussten dafür, wie so viele andere, ihr Leben lassen – ermordet von regierungsnahen Freikorps (bewaffnete, nationalkonservative Gruppen). Der Rotdorn wird auf der LL-Demo natürlich wieder vertreten sein.

Nachdem die Demo am 1. November sehr gut besucht war und ein starkes Signal gegen den geplanten Sozialkassenschlag setzte, gehen jetzt verstärkt die StudentInnen auf die Straße, um gegen die in Berlin, und bundesweit, geplanten Kürzungen im Hochschulbereich zu protestieren. Der Leitartikel und das Interview mit Prof. Grottian setzen sich ausführlich mit den Hintergründen und den Protestformen auseinander.

Auch in dieser Ausgabe beschäftigen wir uns weiter mit dem geplanten Umbau des Sozialstaats, aber wir gucken auch wieder ins Ausland und können euch mit sehr interessanten Beiträgen aus Bolivien und dem Baskenland beglücken.

Leider gab es im letzten Jahr auch wieder eine negative Nachricht für die Redaktion: der Erbe des Schriftstellers Erich Kästner hat uns auf Schadensersatz über 700 Euro verklagt, weil wir in der 35. Ausgabe ohne vorherige Zustimmung das Gedicht „Das letzte Gericht“ von Kästner abgedruckt und im Internet veröffentlicht hatten. Dies haben wir zwar mittlerweile geändert, aber die Klage steht weiterhin im Raum. Für unsere ehrenamtliche Redaktion ist das wirklich viel Geld, weil alles was wir haben für den Druck und die Verschickung draufgeht. Deshalb haben wir eine große Bitte an euch: könntet ihr uns durch eine kleine Spende ein wenig unterstützen? Selbst geringe Beträge würden uns schon ein bisschen helfen. Die Bankverbindung findet ihr im Impressum. Natürlich wird es auch ein kleines Dankeschön von uns geben!

Eigentlich wollten wir Spuckies für den Rotdorn drucken lassen, um auch im Straßenbild vertreten zu sein, das müssen wir jetzt leider erstmal nach hinten verschieben.

Aber wir lassen uns nicht entmutigen, gucken froh gesinnt ins neue Jahr und hoffen ihr habt viel Spaß beim Lesen,

Eure Rotdornredaktion

INHALT

Leitartikel	
Junge Kreative zum Protest	3
Schulschließungen	
Die konkreten Pläne	4
Die Rotdornredaktion	
Wer wir sind und was wir wollen	5
Interview	
mit Politikwissenschaftler Prof. Peter Grottian	6
BRD auf Kriegskurs	
Zur aktuellen Wehrpolitik	9
Vom Tellerwäscher zum Millionär	
Über die Rot-Grüne Chancengerechtigkeit	10
Streitthema	
Zwei Artikel, die sich mit dem sogenannten Kopftuch-Urteil auseinandersetzen	12
Paule's Kneipentest	
Diesmal: Luna-Bar	13
IWF und Weltbank demokratisieren	
Zur internationalen Finanzpolitik	14
Auf der Suche nach dem „anderen Europa“	
Zum Europäischen Sozialforum	16
Berlin's Pleite	17
Die Linke im Baskenland	
Progressiver Patriotismus?	18
Die Furie des Aufruhrs	
Artikel zu den politischen Verhältnissen in Bolivien	20
Aktion gegen Rechts	
Über den Lokalen Aktionsplan gegen Rechts-extremismus, Rassismus und Antisemitismus	23
Recht auf Rausch?	
Zur Drogenpolitik	24
Die Vorvorletzte Seite	26
Termine	27
Preisrätsel	28

Impressum

rot dorn	kontakt
erscheint 3–4 mal	Rotdorn
jährlich und hat eine	Postfach 87 01 06
Auflage von 6000 –	13161 Berlin
7000 Stück	fon: (030) 44 04 61 56
14. Jahrgang Nr. 37/04	e-mail: rot dorn @ gmx.de
	web: www.rot dorn.org
v.i.S.d.P.	Redaktionschluß:
die Rotdornredaktion	4. April 2004

Bankverbindung:

Inhaber: O. Krüger, Kontonummer: 412 454 48 50,
Bank: Berliner Sparkasse, BLZ: 100 500 00,
Verwendungszweck: Rotdorn

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht immer der Meinung der Redaktion entsprechen.

Leitartikel zum Bildungsnotstand

Junge Kreative zum Protest!

BERLINER UNIVERSITÄTEN IM STREIK

Mit Schlafsack und Campingkocher vor dem Roten Rathaus wochenlang Mahnwachen halten, in Sensenmann-Uniform wird die Bildung im Sarg zu Grabe getragen und die längste Vorlesung der Welt wird auch nachts 3 Uhr in eisiger Kälte gehalten. Verausgabung und totale Erschöpfung waren meist die Folgen dieses selbstlosen Einsatzes gegen die Bildungskürzungen. „Frisch gestrichen!“ steht auf den Transparenten. Und „Sparglückchen klingelingeling“ wird auf dem Weihnachtsmarkt mit umgedichteten Texten gesungen.

Noch bevor erste Forderungen geklärt werden konnten, meldeten sich Einige aus der aufgeheizten Masse zu Wort: „Lasst uns endlich in den Streik treten!“ „Vernetzt euch, Engagiert euch!“ rufen die Plakate der ASTA zum Protest auf. Die Institute wurden besetzt. In verrauchten Uni-Cafés wurde über Aktionen beraten: neu, länger und vor allem kreativ. Nach vier Wochen Uni-Streik äußerte sich der Wissenschaftssenator Berlins Dr. Thomas Flierl, er sei erstaunt über das Durchhaltevermögen und den Ideenreichtum des Studentenprotests. Spaß macht das Ganze natürlich auch noch: bei Sleep-Ins über neue Gesellschaftssysteme diskutieren... Die Architekturstudenten der TU erwärmen sich ihre erstarrten Hände über brennenden Mülltonnen und halten ihre Seminare in selbstgebauten Slums.

„Wir hatten einfach die Idee, da jetzt reinzugehen!“ erzählt eine Erstürmerin der PDS-Zentrale, die ihr neu erobertes Reich in eine Streikzentrale verwandelten. Die Genossen der PDS wurden sogar sozial: sie erklärten den Parteienbesitz in den Händen der diskussionsbereiten Besetzer für gut aufgehoben und schickten Abgesandte ihrer Partei vorbei. Diese blieben für die Diskussion gleich bis in die Nacht.

PROTEST KANN ANSTRENGEND SEIN!

Ob das ganz banal dort ist, wenn man die Faust eines grünen Staatsdieners im Gesicht spürt oder „Das letzte Hemd für die Bildung“ gibt und dabei bei frostigen 3 Grad splitterknackt über den Ku'damm sprintet oder mit den anderen aufbegehrenden Hochschü-

lern mit entschlossenem Sprung in der trüben Spree baden geht - so wie es uns die Bildung vormacht. Originelle Ideen, ungebremste Energie, wütende Schreie, wenn die Polizisten besetztes Privateigentum räumen.

PROTEST IST WICHTIG!

Warum eigentlich überhaupt das Ganze? Neben dem revolutionärem Pathos, der wie Phönix aus der Asche zu entstehen vermag, irrt diese eine Frage durch die Hochschullandschaft und ist Grundlage jeglichen studentischen Handelns.

Die Kritik – der Kampf – mag vereinen, der Protest gemeinsame Erfahrung

bringen, doch um was kämpfen, wenn Realität und Utopie wie zwei aufeinanderfahrende Züge zusammenprallen? Persönliche Betroffenheit bringen die Protestierenden auf die Straße, aus jeder Straße scheinen sie zu kommen und sich zu vereinen. Es geht um 75 Mio. €, die der Bildung in Berlin bis

DIE FORDERUNGEN: AUSBLICK AUF DREI EBENEN

1. Auf der Institutsebene

- Lehrbeauftragte/ Privatdozenten sollen vernünftig bezahlt werden
- Demokratisierung der Lehrplanung: Studenten nehmen aktiv an der Vorbereitung und Planung des nächsten Semesters teil
- Wiedereinführung von autonomen Seminare und Projektstudien, für unabhängiges Lernen und Lehren und Aufrechterhaltung der weiteren Selbstständigkeit des Lehrens und Lernens

2. Auf der Universitätsebene

Analysierung des Universitätshaushaltes im Januar nach strikten Kriterien: wo müssen Kürzungen – wenn wirklich unvermeidlich – überhaupt sein? Hierbei gilt:

- bei Fächern zuletzt
- Erhaltung von kompletten Studiengängen
- Sparen bei der zentralen Universitätsverwaltung
- Hochschullehrer sollten bereit sein, 10% ihres Einkommens in die Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen umzusetzen

Umsetzung von folgenden Punkten in den Studienbestimmungen:

- Mehr Mitbestimmung der Studenten in den einzelnen Gremien
- Öffnung der Hochschulen durch Abschaffung des Numerus Clausus

3. Auf der Landesebene

Schaffung eines „Runden Tisches“, bestehend aus vier gewählten StudentInnenvertretern, dem regierenden Bürgermeister, dem Finanzsenator und dem Wissenschaftssenator. Der Rahmen dieses Treffens sieht wie folgt aus:

keine weitere Podiumsdiskussion sondern ergebnisorientierte und rechtsverbindliche Verhandlungen unter der Maßgabe, alternative Logik der Einnahmen und Ausgaben im Aushandlungsprozess gegenüberzustellen. Kurzfristige Zielsetzung dieser „langen Nacht des Showdowns“ sollte zunächst sein:

- sofortige Ausfinanzierung von 135 000 Studienplätzen in Berlin
- Vermeidung von Studiengebühren und Studienkonten jeglicher Art

2009 gekürzt werden. Alle wissen, daß die Sparumsetzung an den Universitäten nicht nur die Beschneidung der Lehrkörper beinhaltet wird, sondern auch einzelne Schließung ganzer Fachbereiche bedeuten könnte.

Dagegen wehren sich z. B. die Agrarwissenschaftler, die ihre Fahrzeuge aus dem Institut zur Verfügung stellen;



Proteste gegen „das große Streichen“:
Oben: Besetzung der PDS-Zentrale,
Unten: besetztes taz-Gebäude



der Mini-Traktor erinnert an die Demonstrationen im Wendland gegen die Castor-Transporte: „Kein Tag X für Faktor B“ könnte ein Spruch lauten!

Es geht also um etwas Grundsätzliches: das an sich kostenfreie Gut „Bildung“ wird auf eine harte Probe gestellt! In solchen Zeiten mit Studienkonten in der Öffentlichkeit hausieren zu gehen, bedeutet, die Hochschule unter ökonomischen Aspekten effizienter zu gestalten und sie von der Geschwindigkeit des Marktes überrollen zu lassen bzw. der Hochschuldebatte feige zu entgehen!

Es geht also vielmehr um die Frage, unter welchen Bedingungen das Gut „Bildung“ weiterhin kostenlos zur Verfügung gestellt werden kann. Wenn in der Bundeshauptstadt schon derartige Mittel zur Haushaltskonsolidierung

herhalten müssen – wenn es schon soweit ist – dann liegt es nun an den Studierenden selbst, mit Unterstützung der Universitäten, alternative Finanzierungs- und Einnahmequellen zu erkunden und zu erschließen.

Der Protest kann auch hier wie ein Leitfaden wirken, den man als Grundlage zu einem gemeinsamen Dialog mit Entscheidungsträgern und Betroffenen aufgreifen sollte, denn:

“ Das ist nicht nur hier in Deutschland so, nein, auf der ganzen Welt, wird das, was einst für alle war, geraubt: es zählt nur noch die Verwertbarkeit, die drückt sich aus in Geld, und daran wird wie einst an Gott geglaubt! Darum geht es uns nicht allein um Hochschulpolitik, die ist doch nur ein Teil vom großen Spiel, unser Weg ist der Protest und unser Mittel die Kritik und ne andere Gesellschaft unser Ziel! ”

*Hochschulprotestsong des Otto-Suhr-Instituts (FU)
Der Song ist als MP3 unter www.1zu0.de herunterzuladen*

■ MARIA & PATRICE

Schulschließungen – muss das sein?

Der aktuelle Bildungsabbau betrifft nicht nur die Hochschulen und Studenten. Auch Schüler und Lehrer sind mit immer schlechter werdenden Lernbedingungen konfrontiert.

So wurde bereits vor über einem Jahr die Arbeitszeit der Lehrer erhöht, was natürlich weniger Vorbereitungszeit für die Lehrer und für die Schüler gestresste Lehrer bedeutet. Außerdem wurde die Lernmittelfreiheit abgeschafft. Nunmehr muss die Familie des Schülers die Kosten aufbringen.

Jetzt sollen mehrere Schulen z.B. in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee gleich geschlossen werden. Dabei sollen jeweils zwei Schulen fusionieren. Eine Schule zieht zu der anderen. Welche der beiden Schulen schließen muss, ist noch nicht überall klar. Auf jeden Fall sollen nach dem Rotdorn vorliegenden Informationen folgende Schulen betroffen sein: die Max Born-Oberschule fusioniert mit dem Friedrich List-Gymnasium, die Pasteur-Oberschule mit dem Camille Claudel Gymnasium, die Bühring-Oberschule mit der Wieland Herzfelde-Oberschule und auch die Gauß-Gymnasium ist in der Diskussion.

Argumentiert wird mit dem Geburtenknick. Tatsächlich wollten kurz nach der Wende erst mal nur wenige Frauen Kinder in den unsicheren Zeiten bekom-

men. Zwar ist nun der Prenzlauer Berg einer der kinderreichsten Gegenden, doch zunächst gehen die Jahrgangszahlen für die 7.Klasse zurück. Aber anstatt die Gelegenheit produktiv zu nutzen und die Klassenstärke zu verringern, was der größte Garant für bessere Lernerfolge wäre, werden die Schulen einfach geschlossen. Auch wenn in ein paar Jahren die Anzahl der Siebentklässler wieder ansteigt: Die Schüler werden aus dem gewohnten Lernumfeld (Klasse, Freunde, Lehrer, Schulgebäude ...) herausgerissen. Sie müssen nun in einer zusammengewürfelten übrig gebliebenen Schule ihren Abschluss machen.

Am 12.11.2003 fand eine erste Demo der betroffenen Schulen statt. Ein erster Teilerfolg war, dass die Bezirksverordnetenversammlung Pankow-Prenzlauer Berg-Weißensee beschlossen hat, dass zunächst weitere Schüler an den Schulen aufgenommen werden. Dies beweist, dass noch nicht alle Messen gesungen sind. Es lässt sich also noch etwas reißen ... Jedoch muss der Widerstand noch größer werden, um eine Chance auf Erfolg zu haben. Dazu ist eine breite Vernetzung der Schulen erforderlich. Außerdem sollte aus den Schulgremien heraus der Protest gestärkt werden.

■ CARLO MANSFELD & SK

Die Rotdornredaktion



• wer wir sind und was wir wollen •

• Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen die sich politisch einmischen wollen, weil wir denken, dass es eine Katastrophe wäre, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Geld und Profit, nichts ändern würde. Egal welches Politikfeld man betrachtet: Haushaltslage, Standort, Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

• Wir wollen gemeinsam ein profiliertes und ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als unabhängige, linke Jugendzeitschrift. Dankenswerter Weise finanziert uns die PDS die Druckkosten, so dass wir den Rotdorn kostenlos verteilen können. Da uns die PDS weder beim Inhalt noch beim Layout oder sonst irgendwie bei der Erstellung der Zeitung reinredet, sind wir absolut unabhängig. Jeder „normale“ Journalist muss auf alle möglichen Interessen Rücksicht nehmen (Chefredakteur, Anzeigenkunden...). Wir haben diese Zwänge nicht.

• Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau Ruck- Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über 10 Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht noch 100 werden sollten.

• Kein Redaktionsmitglied verdient einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.

• Wir haben keinen kurzfristigen, grandiosen Lösungsweg aus dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Schlamassel anzubieten. Wir glauben auch nicht, das nur wir schlaue Ideen haben und es deshalb nur bei uns Sinn macht, sich politisch zu engagieren. In Wahrheit gibt es viele Möglichkeiten politisch etwas zu verändern und sich einzubringen. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

• Rot – Grün hat sich als linkes Reformprojekt und gesellschaftliche Alternative erledigt. Die dringend notwendigen sozialen und ökologischen Veränderungen in Deutschland und in der Welt sind nicht zu erreichen, wenn man politisches Handeln dem Willen der Wirtschaft und kapitalträchtigsten Lobbyverbänden

unterwirft, wie es die Regierung durchgängig tut.

• Der Widerspruch zwischen den ehemaligen Grundsätzen der SPD und der Grünen und dem realen Regierungshandeln ist unübersehbar. Damit verbunden ist eine völlige Lähmung der „bisherigen“ Linken, seien es die Gewerkschaften aus Rücksicht auf die SPD oder die ehemalige Friedens- und Antiatomkraftbewegung aus Rücksicht auf die Grünen. Das ist es auch, was die Schröder- Regierung so interessant macht für die Unternehmer. Auf der anderen Seite formiert sich eine



Karl Liebknecht

neue antikapitalistische, außerparlamentarische Bewegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den „Zapatistas“ in Mexiko, über die „tute bianche“ in Italien bis zu „attac“ und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen krieglerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

• Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen sie. Dieser Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden, wenn wir nicht am Ende politische Machthabene ganz anderer Couleur haben wollen, als wir uns heute vorstellen

möchten.

• Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung „das Alte“ grundsätzlich in Frage stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken in den nächsten Jahrzehnten. Dieser „Kampf um die Köpfe“ ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir ein in unseren Kräften liegenden Beitrag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

• Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

• Die parlamentarische Vertretung der Linken, die PDS, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Damit dieses überhaupt möglich ist, setzen wir uns für den Wiedereinzug der PDS in den Bundestag ein.

• Wenn gesellschaftliche Entscheidungen letztlich von dem Profitwillen einiger bestimmt werden, wie wir es momentan in den kapitalistischen Industriemächten erleben, sieht es insgesamt schlecht aus um diese Welt. Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. So ist in 30, 50 oder 70 Jahren ein Überleben auf der Erde nicht gesichert, egal wie die Katastrophe genau aussehen mag. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unserer Nachkommen gegenüber geschuldet.

Interview mit dem Politikwissenschaftler Prof. Peter Grottian

„... den Studierenden ein ermutigendes Zeichen setzen!“

Rotdorn: Professor Grottian, warum sind Sie in den Streik getreten, obwohl es Ihnen eigentlich verboten ist?

Grottian: Prof. Wolf-Dieter Narr, Prof. Dr. Fritz Vilmar und ich haben das getan, weil wir zeigen wollten, daß wir die Lehr- und Studienbedingungen für nicht mehr akzeptabel halten und auch ein für die Studierenden ermutigendes Zeichen zu setzen, daß auch Hochschullehrer Regeln verletzen und das nicht für eigene Privilegien einsetzen, sondern daß es primär um die Studienbedingungen geht.

Natürlich darf ein Beamter nicht streiken, wenn sie es trotzdem machen, müssen sie wissen, daß sie bestraft werden. Und die Bestrafung geht nicht gleich bis zum Rausschmiss in aller Regel, aber es könnte eine Gehaltsreduzierung auf Zeit erbringen.

Rotdorn: Wo konkret sollte Ihrer Meinung nach die Protestbewegung ansetzen?

Grottian: Wenn man die Frage der „Agenda 2010“ in einem Zusammen-



hang sieht auch mit dem Bildungsabbau, dann sind ganz andere Protest- und Konfliktformen eigentlich notwendig.

Und dazu gehört auch, daß Menschen, die in Kirchen, im Öffentlichen Dienst, in Wohlfahrtsverbänden arbeiten, daß – wenn die unter unsäglichen Bedingungen arbeiten (bis zu 130 Studierende auf 30 Seminarplätze) – sie durch Arbeitsniederlegung auch versuchen einzuklagen, daß mehr Personal für bestimmte Bereiche öffentlicher Dienstleistung bereitgestellt werden. Also haben wir ein Gegenkonzept entwickelt, in dem wir für die Institutsebene als auch für die Landesebene Alternativvorschläge gemacht haben, die es möglich machen, nicht nur für die Hochschulen, nicht nur für die Lehr- und Lernbedingungen Verbesserungen zu erreichen, sondern wo die Gesamthaushaltssituation verändert wird. Beispiel: Ich habe selbst vorgeschlagen, wenn es um die Privilegien geht und um die Verbesserung von Lehr- und Lernsituation, daß wir auf der Landesebene nur mäßige Erfolge haben werden, was ja wahrscheinlich absehbar ist, denn zur Debatte steht, daß Hochschullehrer 10% ihres Einkommens in Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen umsetzen müssen! Wenn wir das wirklich machen würden, dann würden wir die Hälfte der Professoren nicht streichen müssen. Und auf Landesebene genau das Gleiche:

Wir können uns nicht damit abfinden mit der sogenannten „Sparrazin Logik“, die eigentlich nur auf der Ebene der Ausgaben versucht, alles reinzuholen, sondern wir brauchen ganz andere Debatten.

Rotdorn: Welche Debatten meinen Sie konkret?

Grottian: Eine Debatte müßte man über den Schaden führen, den die Bankgesellschaft angerichtet hat! Und dann bin ich radikal dafür, daß Berlin eine Initiative ergreift in der Auseinandersetzung über eine föderale Finanzverfassung, was Berlin erlaubt, in einer solchen Notsituation, in der das Gemeinwesen selbst in der Lage ist, durch eine Art „Notsteuer“ oder durch eine Art kommunale Einkommenssteuer bei denjenigen Haushalten zusätzliche Einnahmen zu beziehen, die es ökonomisch vertragen können.

Es gibt ungefähr 400 000 Haushalte, die auf der „ökonomischen Sonnenseite“ in Berlin leben, und es ist doch wohl nichts dagegen einzuwenden, wenn man diese Haushalte moderat heranzieht! Die Verschuldungsdynamik könnte leicht gebremst werden, und man kann darüber reden, ob man möglicherweise nicht ein Sonderprogramm für Kinder, für Jugendliche, für Schule, für Bildung auflegt! Wir sollten uns dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen. Auch wenn das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschieden hat, daß Berlin in

seinem Haushaltsnotstand geholfen werden soll, kann das Verfahren sehr lange dauern. Außerdem geht der Aushandlungsprozess zwischen Bund und Ländern weiter. Ministerpräsident Teufel aus Baden-Württemberg hat ja schon gesagt: „Kein Cent für Berlin!“

Wir müssen auch auf Sachen zielen, die in Berlin entschieden werden können, deswegen sind wir u. a. mit der Betteldemonstration in den Grunewald gegangen. Auch auf Landesebene muss der

Peter Grottian

wurde am 27. Mai 1942 in Wuppertal geboren, studierte Sozialwissenschaften. Er promovierte 1973 und ist seit 1979 Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, seit 1985 hat er eine Teilzeit-Professur inne. Er sitzt im Vorstand des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ und hat u. a. die „Initiative Bankenskandal“ mitgegründet. Weiterhin ist er im Berliner Sozialforum aktiv.

Zeitgleich mit dem Streik an den Berliner Universitäten legte der Hochschulprofessor mit zwei anderen Kollegen demonstrativ seine Arbeit nieder, um sich mit den Studenten zu solidarisieren.

Mit ihm sprach der Rotdorn über den Uni-Streik, den Bankenskandal in Berlin und den Sozialabbau im Zuge der rot-grünen „Agenda 2010“.

Versuch gemacht werden, einen neuen Ausgleich von Reichtum und Armut zu produzieren. Auch die Wohlhabenden und Reichen dieser Stadt müssen ein Interesse daran haben, daß die Stadt nicht kaputtgeht!

Sie werden kein lebenswertes Leben haben! D.h. es sollte auch von ihnen selbst ein Interesse geben, daß die Stadt lebbar bleibt!

Rotdorn: *Welche Wirkung hat Ihrer Meinung nach der Studierenden-Streik in der Öffentlichkeit?*

Grottian: Bisher eine erstaunlich positive. Wenn ich mir die Medienlandschaft anblicke, dann ist ja sogar bis zur Springer-Presse relativ viel Wohlwollen da. Wenn man die Umfragen, die ein bißchen mit Vorsichtigkeit zu interpretieren sind, sieht, dann gibt es auch viel Bereitschaft. Das interpretiere ich ja auch so, daß viele Leute irgendwie merken, daß diese „Agenda 2010“ in irgendeiner Weise eines mit Sicherheit bringt: neue soziale Ungerechtigkeit!

Man sagt ja immer, man muß eine Steuerreform machen, damit die Pferde der Ökonomie zum Saufen gehen, damit Wachstum anspringt und Arbeitsplätze bringt, aber das ist eine unglaubliche Lebenslüge, die wird uns aufgetischt als „Agenda 2010“, und ich sage zusammen mit meinen Freunden Wolf-Dieter Narr und Gundulath Roth in unserem Memorandum, es ist das gigantischste Täuschungsprojekt mit ökonomischen Mäntelchen, aber mit einer Wirkung, die man nennen kann: Disziplinierung von Menschen. Es ist keine „Agenda 2010“, sondern eine „Repressanda“, also eine Unterdrückungssituation!

Rotdorn: *Sie würden also soweit gehen zu sagen, daß die Bildungskürzungen in Berlin repräsentativ für den Sozialabbau in der BRD stehen?*

Grottian: Man darf nicht vergessen: einerseits wird immer wieder politisch gesagt, Bildung ist ungeheuer wichtig, unser Rohstoff, da dürfen wir nicht kürzen, und dann ist interessant, daß – unabhängig vom Reichtum der Länder – (Bildung ist ja weitgehend Ländersache) auch Bayern enorm einschränkt, daß auch Baden-Württemberg kürzt, daß Hessen kürzt, und Nordrhein-Westfalen kürzt, nur Berlin natürlich dramatisch, mehr im Prinzip, weil die Finanzsituation in Berlin nochmal eine ganz besondere ist, was natürlich mit der geteilten Stadt zu-

sammenhängt, mit dem Wiedervereinigungsprozess, mit der besonderen Struktur Berlins, daß Berlin auf beiden Seiten eine Verwaltungshauptstadt war, daß auf beiden Seiten eine Stadt war mit wenig Industrie und dann sozusagen eine Mischung aus fortschreitender/entwicklungsfähiger Industrie und moderner Dienstleistungen auf beiden Seiten der Stadt nicht entstehen konnten, und wir auch gar nicht so viele Chancen haben, daß in dieser Richtung in irgendeiner Form zu entwickeln.

Berlin wird einerseits eine Glittermetropole sein und gleichzeitig eine scharfe Armutsmetropole.

Rotdorn: *Was hat Sie persönlich dazu bewegt, sich bei der „Initiative Bankenskandal“ zu engagieren und wie schätzen Sie die Erfolgchancen ein, daß das Risikoabschirmungsgesetz durch ein Volksentscheid zurückgenommen wird?*

Grottian: Das Interesse, sich dort zu engagieren, wurde deshalb vor allem provoziert, weil wir gesehen haben, daß weder die Öffentlichkeit kritisch versucht, Alternativen zu präsentieren, daß die Wissenschaft, außer ein paar einzelnen Stimmen, die sich zu Wort gemeldet haben, aber auch aus den Oppositionsparteien auch sehr wenig gekommen ist. Wir waren dann diejenigen, die die Fondsgeschäfte und die Fondszeichner wirklich veröffentlicht haben. Wir sind im Grunewald gewesen sind und haben die strukturelle Komplizenschaft zwischen Politik und Ökonomie aufgedeckt. Mit dem Kollegen Professor Schüttowsky haben wir in einem wissenschaftlichen Arbeitskreis Alternativen entdeckt. Dann haben wir uns überlegt, daß wir ein Volksbegehren machen. Das Volksbegehren gegen den Bankenskandal hat den Sinn, den Senat und das Abgeordnetenhaus dazu zu zwingen, daß sie zumindest den Bankenskandal nochmal neu verhandeln.

Zum Erfolg des Ganzen: Was haben wir erreicht? Das Volksbegehren mit 25 000 Unterschriften werden wir knapp vor Weihnachten erreicht haben. Jedoch muss die Zulässigkeit des Volksbegehrens vom Senat bestätigt werden. Da es sich hier um Haushaltsfragen geht, kann der Senat ohne weiteres ablehnen. Ich will aber nicht der Illusion nachgehen, daß, wenn es keinen Bankenskandal gegeben

hätte, würde es Berlin ganz prima gehen, das ist Quatsch! Also, es würde Berlin etwas besser gehen, aber die generelle Verschuldung der Stadt ist so groß, daß im Grunde genommen eigentlich es schwierig ist, auch ohne Bankenskandal diese Finanzsituation zu meistern, doch der Bankenskandal hat sie nochmal sozial verschlimmert.

Wenn man jetzt von Erfolg redet, dann ist vielleicht ein Erfolg – wenn auch nicht direkt sichtbar –, daß der Vorsitzende der Bankgesellschaft zumindest jetzt sagt, die jährlich zugesagten 300 Mio. Euro noch zusätzlich zu den 1,7 Milliarden Euro werden nicht abgerufen, d. h. die Bankgesellschaft merkt, daß es politisch sehr brisant ist, Geld von den BerlinerInnen einzukassieren für ein Projekt, was möglicherweise das Geld in diesem Maße gar nicht mehr braucht. Vielleicht ist es jetzt sogar besser, man muss vielleicht jetzt sogar noch bluten für diese Bankgesellschaft, aber irgendwie müssen wir sie vom Hals kriegen! Und ich bin auch dafür, daß der Senat auch mit den Fondsgesellschaften und den Fondszeichnern nochmal verhandelt und sagt, die Situation war damals eine ganz andere, sie ist heute eine andere und ihr dürft eben nicht Laufzeiten haben über 25 Jahre. Es tut uns auch leid, daß die Zinsen nicht 8 oder 9% sein können, sondern vielleicht nur noch 6%. Allein, wenn man das machen würde, dann, glaube ich, daß man nicht unbedingt viele Klagen der Fondszeichner kriegt, weil die letztlich auch froh sind, wenn sie aus diesem maroden Laden draußen sind, und man gleichzeitig zumindest versucht, den Schaden für das Gemeinwesen in Berlin in irgendeiner Weise zu mindern! Also kurzum: wir haben viel Öffentlichkeit erreicht, wir haben vielleicht die Schamswelle erhöht, daß man sich weiter ungeniert bedient, wir haben vieles problematisiert, aber an der Grundstruktur haben wir nicht allzuviel ändern können!

Rotdorn: *Herr Grottian, wir bedanken uns für dieses Gespräch.*

■ Das Gespräch führten Maria & Patrice

info

das ungekürzte Interview auf:

www.rotdorn.org

Die Initiative Berliner Bankenskandal im Netz

www.berliner-bankenskandal.de

Das SozialForum Berlin im Internet

www.sozialforum-berlin.de

Du meinst, Fleisch essen und Umweltschutz vertragen sich?



FAKTEN

Umwelt

Die Fleischindustrie verursacht mit die größte Wasserverschmutzung. Eine typische Schweinefarm produziert soviel Exkremente wie eine Stadt mit 12000 Einwohnern.

Land

Etwa 80% der landwirtschaftlichen Fläche werden dafür benutzt, Tiere zu züchten. Auf einem Hektar Land können 22500 kg Kartoffeln angebaut werden, doch nur 185 kg Rindfleisch können auf der gleichen Fläche produziert werden.

Wasser

Die tierische Landwirtschaft ist eine der größten Wasserverbraucher in diesem Land. Die verbrauchte Wassermenge für 5 kg Fleisch entspricht dem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 2 Personen.

Rodung

325000 km² Regenwald werden jedes Jahr vernichtet, um darauf Tiere für den Verzehr zu züchten. Für jeden „Viertelpfunder“-Hamburger aus Regenwald-Rindfleisch werden 50 m² Land verbraucht.

Energie

Die Produktion eines Hamburgers verbraucht genausoviel fossilen Brennstoff wie ein Kleinwagen für eine Fahrt von 32 km und genug Wasser um 17 mal zu duschen.

Denk mal genau nach!

BRD auf Kriegskurs

Das Jahr 2003 markiert in mehrerer Hinsicht ein Jahr der Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Es begann allerdings mit einem Nein der Bundesregierung zum Krieg gegen den Irak. Hunderttausende demonstrierten auf den Straßen gegen den Krieg, viele von ihnen solidarisierten sich ausdrücklich mit dem „Friedenskurs“ der Bundesregierung. Dieses Nein der Regierung war aber kein Nein. Die BRD hat den Angriffskrieg der USA tatsächlich massiv unterstützt und stellte de facto das viert stärkste Kontingent für den Angriffskrieg zur Verfügung.

BRD WEITERHIN DREHKREUZ FÜR US-AGGRESSIONEN

Das diplomatische Säbelrasseln zwischen der BRD und den USA in der Irak-Frage führte auch nicht dazu, dass sich die USA mit ihren Truppen aus Deutschland weitestgehend zurückziehen. Das Ende November 2003 bekannt gewordene überarbeitete Stationierungskonzept der US-Streitkräfte sieht vor, dass lediglich etwa 15000 der gegenwärtig 70000 US-Soldaten aus Deutschland abgezogen werden. Damit bleibt Deutschland der wichtigste überseeische Standort für das US-Militär. Diese moderate Absenkung der US-Präsenz in Deutschland erfolgt in ausdrücklicher Anerkennung der deutschen Unterstützung für den Irak-Krieg. Überflugrechte wurden ebenso wenig in Frage gestellt wie die Nutzung der US-Militärbasen, Soldaten der Bundeswehr bewachen bis heute als Ersatz für US-Soldaten deren Militäreinrichtungen, um diese im Irak einsetzen zu können. Deutschland bleibt somit weiterhin das Drehkreuz für US-Aggressionen. Ramstein ist die größte überseeische US-Airbase, in Stuttgart befindet sich das European COMmand (EUCOM) der US-Streitkräfte mit Zuständigkeit für Europa, Afrika, Russland, Türkei, Naher Osten, ehemalige Sowjetrepubliken und Zentralasien. Das Operationsgebiet umfasst über 90 Staaten. Das Stationierungskonzept hebt insbesondere das „freundliche und sichere Umfeld“ für US-Soldaten hervor, was für einen Verbleib in Deutschland sprechen würde.

BUNDESWEHR AUF INTERVENTIONS-KURS

Das offizielle Nein der Bundesregierung zum Irak-Krieg wird nicht, wie man vielleicht vermuten könnte, von eigener Abrüstung und einer Entmilitarisierung deutscher Außenpolitik begleitet. Im Gegenteil: Rüstungsminister Struck will die Bundeswehr bis zum Ende dieses Jahrzehnts komplett zu einer Angriffsarmee, die weltweit eingesetzt werden kann, ausbauen. Im



Mai und Oktober 2003 hat er den Kurs der Bundeswehr in zwei Weisungen klargelegt: Da kein Gegner existiert, muss sich die Bundeswehr auch nicht länger um die Landesverteidigung kümmern und alle Kräfte sollen darauf ausgerichtet werden, die Bundeswehr fit für Auslandseinsätze zu machen. 35000 Soldaten sollen als „Eingreifkräfte“ schnell „an jeden denkbaren Ort der Erde“ in längere Kriegseinsätze geschickt werden können. Diese werden durch „Stabilisierungskräfte“ in einer Größenordnung von 70.000 SoldatInnen ergänzt, die - nach Vorbild gegenwärtiger Einsätze in Afghanistan und auf dem Balkan - weniger Kampf-, vielmehr Besatzungstruppen darstellen. Insgesamt soll ungefähr die Hälfte der 250000 SoldatInnen umfassenden Bundeswehr für internationale Einsätze zur Verfügung stehen. Die Wehrpflicht wird dabei der Einsatzarmee Bundeswehr angepasst. Das Modell der Interventions-Wehrpflicht sieht vor, dass nur noch etwa jeder sechste Soldat der Bundeswehr Wehrpflichtiger sein wird. Der Rüstungsminister hat sich nun auch offiziell von der allgemeinen Wehrpflicht verabschiedet. „Die Wehrpflicht ist nicht daran geknüpft, dass jeder eingezogen wird“,

so Struck. Wehrgerechtigkeit interessiert ihn nicht.

Kein europäischer Staat wird in der Lage sein, ein auch nur annähernd vergleichbares Militärpotenzial wie die USA aufbauen zu können. Deshalb setzen insbesondere Frankreich und die BRD auf die europäische Karte, um von den USA unabhängige und eigene Interessen entsprechende Interventionen durchführen zu können.

EU-MILITARISIERUNG

Parallel zum Beitritt von 10 Staaten in die EU zum 1. Mai 2004 soll eine gemeinsame EU-Verfassung die politischen Strukturen verbindlich festlegen. Im gegenwärtigen Entwurf wird der Militarisierung ein großer Stellenwert beigemessen. Insbesondere die BRD und Frankreich drängen seit Jahren darauf, die EU zu einem eigenständigen Militärfaktor auszubauen. Ende 1999 beschloss die EU, eine „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) aufzubauen, um eigenständige EU-Militäreinsätze durchführen zu können. Militärischer

Arm wird die 60000 SoldatInnen umfassende EU-Eingreiftruppe sein, die Anfang 2004 einsatzbereit sein soll. Die Bundeswehr stellt mit 18000 Soldaten das größte Kontingent.

Umstritten ist das Verhältnis zwischen der EU und der Nato. Insbesondere die USA und Großbritannien versuchten eine zu große Selbstständigkeit eines europäischen Militärpotentials zu verhindern. Frankreich und Deutschland haben sich innerhalb der EU aber mit ihrem Kurs der Militarisierung und der schrittweisen Abkoppelung von der US-dominierten Nato durchsetzen können. Ende November 2003 lenkte Großbritannien ein. Der Verfassungsentwurf sieht nicht nur eine Beistandspflicht im Falle der Verteidigung vor, sondern auch den gemeinsamen Aufbau einer EU-Kommandozelle zum Planen und Führen eigenständiger Einsätze. Einzelnen Mitgliedsländern steht es darüber hinaus frei, im Rahmen einer „strukturierten Zusammenarbeit“ eine weitergehende und tiefere Kooperation zu verwirklichen.

Die Militarisierung der EU ist weiterhin gekennzeichnet durch eine faktische Aufrüstungs-Verpflichtung. Der Verfassungsentwurf sieht vor, dass alle Mitgliedsstaaten ihr Militärpotenzial

zu verbessern haben. Ein „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ soll darüber hinaus eingerichtet werden, um innerhalb der EU die Rüstungsmaßnahmen zu koordinieren.



In Reih und Glied für das deutsche Vaterland

Militäreinsätze der EU unterliegen nicht der Zustimmung des europäischen Parlaments. Der Ministerrat entscheidet autonom. Da das EU-Recht nationalstaatliches Recht bricht, droht die Aushebelung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen des Grundgesetzes. Der Bundestag wäre nicht mehr das Organ, das über Krieg und Frieden entscheidet, sondern ausschließlich die Bundesregierung im Falle von EU-Militäreinsätzen. Auch Präventivkriege gehören dabei zu den Optionen. Ein Strategiepapier, von den EU-Regierungschefs gebilligt, sieht u. a. vor: „Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. ... Daher müssen wir bereit sein, vor dem Ausbrechen einer Krise zu handeln.“

FAZIT

Eine kleine Aufzählung militarisierender Highlights des Jahres: Aufrüstung der Bundeswehr, Entsendegesetz, Armee im Einsatz, Mandatsverlängerung „Enduring Freedom“ für den weltweiten „Anti-Terror-Einsatz“, Ausweitung des Afghanistan-Einsatzes, Spekulationen über einen Einsatz zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten, erster EU-Einsatz Mitte des Jahres in Afrika, Aufstockung des Rüstungsetats. Es gibt viel zu tun.

info

kampagne gegen wehrpflicht,
zwangsdienste und militär
fon: (030) 44 01300
www.kampagne.de

Vom Tellerwäscher zum Millionär

Über die rot-grüne Chancengerechtigkeit – Teil 1

In zwei Artikeln soll über den angeblich im Wandel befindlichen Begriff der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland nachgedacht werden. Ist die Verteilungsgerechtigkeit ein alter Hut? Wollen die Bürger in diesem Lande der Wirtschaft und ihren Profiten dienen oder müsste nicht Politik für eine menschlichere Gesellschaft steuernd und regulierend in die Märkte eingreifen? Die Schere zwischen arm und reich wird immer größer und das Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft und des industriellen Wachstums ist abzusehen. Wie ist angesichts dieser Tatsachen Sozialstaat und Bürgerdemokratie zu entwickeln?

„Ein Staat, dem die Gerechtigkeit fehlt, ist nichts anderes als eine große Räuberbande!“ Dieser Satz stammt nicht von der PDS, nicht von der Gewerkschaft und nicht von Attac. Er stammt vom heiligen Augustinus und ist über anderthalb Jahrtausende alt. Er gilt sicher auch noch über das 21. Jahrhundert hinaus.

Natürlich kann, da sind sich wohl alle vernunftbegabten Geschöpfe auf diesem Planeten einig, der Wohlstand in den Industrieländern nicht mehr (unbegrenzt) wachsen. Schon heute verbrauchen 20 Prozent der Weltbevölkerung (Europäer, US-Amerikaner, Japaner u.a.) 80 Prozent der Weltressourcen. Für die anderen, die 80 Prozent der Verarmten dieser Welt, bleiben gerade einmal 20 Prozent der Ressourcen übrig. Auch in Deutschland ist die Erkenntnis, dass die Zeit der Verteilung von immer üppigeren Früchten des Wohlstandes vorbei ist, Allgemeingut.

Die Kritiker von Rot-Grün treibt nicht die Verzweiflung über die Vertreibung aus dem Paradies um, sondern das Gefühl, der Politik sei endgültig der Mut zur Gerechtigkeit abhanden gekommen. Er sei durch eine bestechliche Gleichgültigkeit und eine süchtige Anpassung an den Neoliberalismus ersetzt worden.

Die fast gänzlich auf neoliberal „geschalteten“ Medienmacher und die ins gleiche Horn säuselnden oder trompetenden Politiker wollen uns weißmachen, die Verteilungsgerechtigkeit des „Großvater“ Sozialstaat sei endgültig

vorbei, denn diese Gerechtigkeit hätte mit der Verteilung von Geschenken an den Bürger zu tun, ohne nach seiner Leistung zu fragen. Das ist entweder erfahrungsloses Mittelstandsgerede, dummdreist oder interessengeleitet gelogen.

Die wachsende öffentliche und private Armut auf der einen Seite und der zunehmende private Reichtum auf der anderen Seite haben dieses Land in eine soziale Schieflage gebracht. Sie ist Beweis dafür, dass in den letzten zwanzig Jahren tüchtig von unten nach oben umverteilt wurde. Mehr als eine Millionen Kinder in diesem reichen Land sind verurteilt, als Sozialhilfeempfänger Kindheit und Jugend zu fristen, während sich die teilweise erfolglosen Manager, Sportler und Entertainer Millionengehälter organisieren.

Eine Verteilungsgerechtigkeit, in der die Spitzenverdiener und Vermögenden in diesem Lande ebenso wie die Großkonzerne und Banken wieder ausreichend Steuern zahlen müssen, Familien mit Kindern oder Erwerbslose nicht zur Verarmung verdammt sind und die Kommunen wieder Finanzmittel für Jugendclubs, Kindergärten, bedarfsgerechte Schulen und Pflegeeinrichtungen, die Länder Geld für mehr Lehrer und personell und sächlich besser ausgestattete Universitäten hätten, hat nichts mit Geschenkmacherei, mit Schmarotzertum und sozialer Hängematte zu tun, sondern ist und bleibt Aufgabe eines Sozialstaates.

Chancen- oder Teilhabegerechtigkeit,



möglichst wird, muss im Sinne der Bedarfsgerechtigkeit eine soziokulturelle Existenzsicherung gewährt werden. Der soziale Absturz, den die rot-grüne Bundesregierung mit dem Arbeitslosengeld 2 den von der Erwerbslosigkeit Betroffenen verordnet als seien sie nur zu faul, sich einen neuen Arbeitsplatz zu suchen, verurteilt viele Familien zur Armut, denn allen Sozialpoliti-

kern ist bekannt, dass der Warenkorb der Sozialhilfe etwa 10 Prozent unter dem Bedarfsminimum liegt. In einer freiheitlichen Gesellschaft, so wird von den meisten Politikern von SPD bis CDU/CSU behauptet, sei Chancengleichheit (Chancengerechtigkeit) die einzig mögliche Form der sozialen Gerechtigkeit. Werden allen nur die gleichen Chancen eingeräumt, eigene Handlungsmöglichkeiten auszubilden, authentische Lebenspläne zu entwickeln und zu verfolgen, sich schließlich in den Verteilungskämpfen zu behaupten, dann wäre die Höchstform sozialer Gerechtigkeit verwirklicht. Jeder Versuch, soziale Gerechtigkeit über dieses Maß hinaus zu realisieren, würde negativ auf eben diese Gerechtigkeit zurück schlagen, würde nicht nur wirtschaftliche Effizienz sondern auch die Freiheit der einzelnen einschränken und so die Gerechtigkeit für alle beschädigen. Die Einzelnen seien ihres eigenen Glückes Schmied. Vom Tellerwäscher zum Millionär, welch eine Illusion! Mit diesem

Slogan werden die unterschiedlichen sozialen, geistigen und gesundheitlichen Startpositionen weggewischt. Individuelle Unterschiede ergeben eben eine ungleiche Verteilung. Diese darf jedoch im Sinne einer solchen neoliberalen Chancengleichheitsideologie nicht durch Umverteilung aufgehoben werden. Am deutlichsten wird dieser Unsinn im Gesundheitswesen, wo die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Gering- und Gutverdienenden aufgehoben werden soll und jeder sein eigenes Risiko (Kopfpauschale) im Namen der Chancengleichheit trägt. So sucht man unter dem Deckmantel der Chancengleichheit den "lieben Frieden" mit den bestehenden sozialen Schiefen, sucht im Duktus der sozialen Gerechtigkeit marktradikale Reformoptionen den Bürgern zu verkaufen. Deutschland muss "wirtschaftsfähig" (Kanzler Schröder) werden.

Angesichts dieser Verdummungsstrategien bleibt einem nur den Querdenker der CDU, Heiner Geissler, zu zitieren: "Der Kapitalismus wird untergehen. Wir müssen die soziale Marktwirtschaft auf internationalem Niveau einführen. Das ist keine Utopie, sondern eine ganz realistische Vision" (Publik-Forum v.21.11.03).
 ■ KLAUS KÖRNER



von der Herr Scholz und Frau Sager gern schwadronieren, besteht erst dann, wenn tatsächlich gleichwertige Lebensbedingungen für alle ermöglicht werden; wenn Grundgüter (soziale Menschenrechte) wie eine bedarfsdeckende soziale Absicherung (Bürgergeld, Grundsicherung), ein von jedem bezahlbares intaktes Gesundheitssystem, ein unterschiedliche Startbedingungen ausgleichendes qualifizierendes Bildungssystem, die Teilnahme am Rechtssystem und an der politischen Willensbildung von der Gesellschaft bereitgestellt werden. Davon jedoch entfernen wir uns dank der Genossen der Bosse und einer grüngetünchten FDP immer mehr.

Eine unabdingbare Ergänzung der Teilhabegerechtigkeit besteht in der "Befähigungsgerechtigkeit" (Traugott Jähnichen, Bochumer Sozialethiker). Das Anspruchsrecht auf Teilhabe - Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes - bleibt bloß formal, wenn es nicht durch institutionalisierte Formen der Befähigung der Einzelnen - vor allem durch Bildungsprozesse - eine Ergänzung finden würde. Die Teilhabe- oder Chancengerechtigkeit bleibt ein Papiertiger, eine sozialpolitische Phrase, kommt der notwendige soziale Gedanke einer bevorzugten Behandlung von Benachteiligten nicht hinzu, die zum Ausgleich von Startnachteilen (Handycaps aller Art) einer besonderen Förderung bedürfen.

Das Verständnis von sozialer Gerechtigkeit wird in einer postindustriellen Gesellschaft mit schwindender Erwerbsarbeit komplettiert durch die Bedarfsgerechtigkeit. Demjenigen Teil der Bevölkerung, dem kaum oder nur begrenzt Zugang zur weniger werdenden Erwerbsarbeit - leider immer noch das entscheidende Medium einer selbstbestimmten Lebensführung - er-

Der Kampf um lebenswichtiges Wasser

Die Produktion des globalen Erfrischungsgetränkes Coca Cola im südindischen Bundesstaat Kerala floriert. Leidtragende und Opfer dieses florierenden Geschäftes ist die Bevölkerung in der Umgebung des Werkes. 13 friedliche Demonstranten, die vor der Grundwasserbehörde von Kerala offizielle Maßnahmen zur Behebung der Überbeanspruchung der Grundwasservorräte durch die Coca Cola-Produktion forderten und gegen Tatenlosigkeit der Regierung protestierten, wurden verhaftet und beschuldigt, Terroristen zu sein. Das zwischen 1998 und 1999 errichtete Coca-Cola-Werk pumpt täglich 1,5 Mil-



lionen Liter Grundwasser aus 65 neu gebohrten Brunnen. Der Grundwasserspiegel sank infolge dessen dramatisch, und die Reisbauern haben nicht mehr genügend Wasser für ihre Felder. Durch den steigenden Salzgehalt ist das Wasser aber auch für den menschlichen Konsum unbrauchbar geworden. Obwohl die Gemeindeversammlung von Plachimada im April 2003 beschloss, die dem Coca-Cola-Werk erteilte Genehmigung zu widerrufen, produziert Coca Cola weiter Getränke und Armut.

Am 24.9.2003 hat das Bundesverfassungsgericht im sogenannten „Kopftuch-Urteil“ festgestellt: „Ein Verbot für Lehrkräfte, in Schule und Unterricht ein Kopftuch zu tragen, findet im geltenden Recht des Landes Baden-Württemberg keine hinreichend bestimmte gesetzliche Grundlage.“ Das Richtervotum ist nach wie vor höchst umstritten, auch innerhalb der Rotdornredaktion. Daher veröffentlichen wir auch gleich zwei Beiträge zum Thema.

Machen Kleider Leute?

Wieviel Offenheit und Konflikte trägt unsere Gesellschaft? Diese Frage wird durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (wieder einmal) aufgeworfen, nach dem einer muslimischen Lehrerin das Tragen eines Kopftuchs im Unterricht erlaubt wird, wenn kein entsprechendes Gesetz es ihr verbietet. Denn nun sind mehrere vornehmlich CDU-geführte Bundesländer damit beschäftigt, Gesetzesentwürfe zu erarbeiten und zu beschließen.

Befürchtet wird vor allem eine Indoktrination der Schülerinnen und Schüler, die jeden Tag unausweichlich mit dem religiösen Symbol konfrontiert sind. Aber ist es wirklich so, dass die reine Konfrontation mit einem religiösen Symbol, welches – anders als bei einem Kreuzifix an der Wand – nicht dem Staat, sondern einer Lehrerin zuzurechnen ist, Missionierung oder unterschwellige Beeinflussung ist? Ist es wirklich so, dass eine derartige Debatte entbrannt wäre, hätte es sich – sagen wir mal – um ein Kreuz an einer Halskette gehandelt?

Die Diskussion ist unehrlich. Sie konzentriert sich allein auf muslimische Frauen. Wer vermutet, hier werde der religionsfreie schulische Raum eingeführt, wird eines besseren belehrt etwa durch die Äußerung des evangelischen Bischofs Huber, der das Kreuz zum Inbegriff von Weltoffenheit und Demokratie erklärt hat. Auch der Religionsunterricht soll nicht etwa abgeschafft, sondern nach Möglichkeit lediglich auf die christlichen Religionen beschränkt bleiben. Unterstellt wird, es handele sich bei muslimischen Frauen mit Kopftüchern sämtlich um Fundamentalistinnen, die die hiesige Ordnung unterwandern wollen.

Sicherlich gibt es Fundamentalistinnen und Fundamentalisten. Ja, es gibt sogar Strategien politisch-fundamentalistischer islamischer Gruppen, sich offensiv und unter Nutzung von Freiräumen dieser Gesellschaft bessere Bedingungen

zu verschaffen, wenn es um die Werbung für und Hegemonie von fundamentalistischen Ideen und Ansätzen hier und vor allem unter den muslimischen Menschen in der Bundesrepublik geht.

Wie viel Selbstbewusstsein hat die hiesige Demokratie? Lässt sich das „Eindringen“ von Fundamentalisten in den öffentlichen Dienst verhindern, wenn man das Symbol (und mit ihm noch alle anderen religiösen Symbole, wie Turbane oder die Kippa) verbietet? Oder zeugt es nicht von mangelnder Souveränität im Umgang mit den eigenen Werten, wenn man in jeder Kopftuchträgerin eine fundamentale Bedrohung für sie sieht? Wie sollte man im Übrigen fundamentalistische Männer „fernhalten“, die ja bekanntlich keine Kopftücher, sondern eher Bärte tragen? Durch Bartverbote? Angesichts der Tatsache, dass Faschisten oft Glatzen tragen: liegt es nahe, dann auch gleich ein Glatzenverbot zu erlassen, um sie aus den Schulen zu halten?

Das Thema ist natürlich viel zu ernst, um es ins Lächerliche zu ziehen. Aber gilt nicht auch hier: gleiches Recht für alle? Die Befürchtung liegt nicht ganz fern, dass es muslimischen Frauen noch schwerer fallen wird, sich aus der Umklammerung traditionalistischer oder orthodoxer Regeln und familiärer Zwänge zu lösen, wenn ihnen – bereits wegen ihres Kopftuchs – den Weg in die hiesige gesellschaftliche Normalität verbaut, der viele MuslimInnen längst angehören. Muslima und Muslime dahin zu drängen, wo man sie eigentlich heraushaben will, nämlich aus den Hinterhofmoscheen und Koranschulen, heißt, dem eigenen Bekenntnis zuwider zu handeln, und ein ernstes Problem symbolisch statt wirklich zu lösen. Fundamentalisten werden das ausnutzen: Die Versäumnisse langjähriger Integrationspolitik lassen sich auf dem Verbotswege nicht lösen, sondern bestenfalls aus dem Blickwinkel der Mehrheitsgesellschaft verdrängen.



Die Klägerin Fereshta Ludin

Es kommt vor allem drauf an, was im Kopf passiert! Missionierung – gleich welcher Religion – ist verboten und führt zu disziplinarrechtlichen Maßnahmen. Das war bisher so und muss so bleiben. Das gilt für alle Religionen. Ob jemand geeignet ist, Lehrerin oder Lehrer zu werden, ist eine Frage des Unterrichtsverhaltens und der hierfür erforderlichen Eignungsprüfungen. Wenn es aber Religiosität in der Gesellschaft gibt, ist es das Beste, damit offen und öffentlich umzugehen. Niemandem ist es verboten zu glauben. Und niemandem ist es verboten, seinen Glauben zu bekennen. Gerade die in der DDR sozialisierten Menschen wissen, dass es oftmals genau zum Gegenteil führt, wenn religiöse und politische Symbole oder gar Modeartikel verboten werden. Damals waren es „Schwerter zu Pflugscharen!“ – Sticker oder gar die „westliche“ Jeans oder Parkas. Geholfen hat es der DDR nichts, ein positives „pädagogisches“ Ergebnis blieb aus. Aber die Menschen, die sie trugen, wurden stigmatisiert und ausgegrenzt, ja sogar Repressionen ausgesetzt. Dafür, religiösen Fanatismus und

Fundamentalismus zu bekämpfen, gibt es gute Gründe. Gut gemeint ist aber nicht immer gut. Denn nicht alle Mittel eignen sich dafür, und viele geeignete Mittel werden nicht eingesetzt. Wo bleibt die Freigabe des Asylrechts für geschlechtsspezifische Verfolgung von Frauen aus islamisch-fundamentalistischen Regimes? Wo bleibt die Hilfe für demokratische und Frauenrechtsorganisationen in vielen Staaten, in denen noch Scharia und Frauenunterdrückung auf der Tagesordnung stehen.

Es gibt viele Gründe für muslimische Frauen, ein Kopftuch zu tragen. Sie alle in eine fundamentalistische Ecke zu stellen ist eine schlechte Option, um sie aus Nischen und Subgesellschaften in den Alltag dieser Gesellschaft zu begleiten. Es kann nämlich genau zum Gegenteil dessen führen, was erreicht werden soll. Wer die politische Aufladung eines Stückes Stoff als politisches Kampfmittel akzeptiert, geht den Fundamentalisten auf den Leim: Integration durch Zwang ist gewiss ein falsches Rezept.

■ KOLJA

Über Staat und Religion

Es ist richtig, die Debatte infolge des sogenannten „Kopftuch-Urteils“ ist in höchstem Maße unehrlich.

Da fühlen sich erzkonservative Katholiken dazu berufen über islamische Glaubensfragen zu dozieren und die Ungleichbehandlung der Frau im Islam mit erhobenen Zeigefinger anzuprangern. Das sind dieselben Leute, die in ihrem Umfeld die klassische Rollenverteilung von Mann und Frau propagieren und praktizieren, dieselben Leute, die ihre christlichen Werte gegen progressive und emanzipatorische Einflüsse verteidigen – um an dieser Stelle nur ein Stichwort zu nennen: Zulassung von Frauen zum Priesteramt. Was für eine Heuchelei.

Und in der Art und Weise wie jetzt mit dem Urteil umgegangen wird zeigt sich, wie stark der kirchliche Einfluss in der bundesdeutschen Politik ist und wie halbherzig die Neutralitätspflicht des Staates bisher gehandhabt worden ist.

Schon wird begonnen fragwürdig formulierte Gesetzestexte zu verfassen. In ihnen wird das Kopftuch als Symbol einer fundamentalistischen Auslegung des islamischen Glaubens dargestellt, und es damit ein politisches, kein religiöses Symbol ist. Anders als z. B. eine Priesterrobe, hat das Kopftuch demnach an deutschen Schulen nichts zu suchen. Es wird also mit zweierlei Maß gemessen und die Chance vertan, die Rechtsunsicherheit infolge des Urteils zu nutzen um ebendiese Neutralitätspflicht in der dem Grundgesetz untergeordneten Gesetzgebung mit allen Konsequenzen festzuschreiben.

Denn genausowenig wie eine Lehrerin ein Kopftuch tragen darf, sollte das Kreuzifix im Klassenraum erlaubt sein – gleiches Recht für alle. Die Aufzählung ließe sich auf andere Bereiche ausweiten. So wird in vielen Fällen offensichtliche politische Agitation eines Lehrers nur als Kavaliersdelikt abgetan – was dann in etwa so klingt: „Ja, der Herr Schmidt ist in der SPD (CDU, PDS...was auch immer), da weiß ich wenigstens, wie ich in der Klausur argumentieren muss“.

In der unwürdig geführten Diskussion zeigt sich mit wie vielen Vorurteilen deutsche MuslimInnen auch heute noch zu kämpfen haben. Selbst eine Publikation wie „Der Spiegel“, der an sich selbst einen bildungsbürgerlichen und aufklärerischen Anspruch stellt, reduziert in diesem Zusammenhang die Debatte eher auf den islamischen Fundamentalismus in Deutschland. Ob nun gerechtfertigt oder nicht spielt aber keine Rolle, der Ansatz sollte sein: die Trennung von Staat und Religion ist ein Grundpfeiler der Demokratie!

■ MARCEL



DEINE MEINUNG?

Wie bereits erwähnt, wurde über dieses Thematik redaktionsintern heftig debattiert. Was denkst du? Wir würden uns über ein Feedback von dir freuen, und dieses Thema im Rahmen eines Leserforums vertiefen. Die Kontaktmöglichkeiten findest du im Impressum (Seite 2). Oder komm einfach vorbei! Wir treffen uns immer jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat gegen 19:00 Uhr in den frisch renovierten Räumen des „Laden im Dritten“ in der Kopenhagener Straße 76.

KNEIPENTEST

DIESMAL: LUNA-BAR, SCHLIEMANN-STR. 20

PAUL'S

Wo geht man bei der kalten Jahreszeit eigentlich hin? Wo kann ich hin, um einfach ein bisschen zu Chillen und mich Auszuruhen vom Alltagsstreß?

Die Zeit der Cafes, Bars und Kneipen fängt wieder an!

Hier eine Empfehlung, die LUNA-BAR. Eine ruhige, entspannende Atmosphäre in Kombination mit einer einfachen und gemütlichen Einrichtung verleiten jeden Besucher zum entspannten Verweilen. Die passende Musik zu dem einfachen Stil

ist für jedermann was. Eine große Auswahl an Cocktails macht einem das bestellen nicht gerade einfach. Verschiedene Vorstellungen, wie Live-Musik Sonntags und das Plattenauflegen von DJ's Mittwochs, bis zu sehr interessanten Vorlesungen bieten Unterhaltung für ein großes Publikum. Es mangelt selbstverständlich nicht an leckeren Speisen für den kleinen Hunger. Ansprechende Zielgruppe ist ab 20. Die gute Lage zum Szene-Kiez macht ein schnelles Erreichen möglich.

IWF und Weltbank demokratisieren!

Nichts erregte in den letzten Jahren die Gemüter der globalisierungskritischen Bewegung derart wie die Politik von IWF und Weltbank. Die Diskussion ebbt nicht ab, es zeigt sich, wie unüberschaubar die beiden Institutionen eigentlich sind.

WAS SIND „IWF“ UND „WELTBANK“?

Zu den einflußreichsten Akteuren in der globalen Finanz- und Weltwirtschaftsarchitektur zählen die Internationalen Finanzinstitutionen „Internationale Währungsfonds“ (IWF) und die „Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ (Weltbank), die zusammen mit der Welthandelsorganisation (=WTO) die Säulen der Weltwirtschaft bilden.

Der IWF verfolgte als Institution zur Errichtung eines stabilen Währungssystems und zur Hilfe bei der Überwindung von Zahlungsbilanzdefiziten zwei Prinzipien; das Prinzip der festen Wechselkurse und das der freien Tauschbarkeit aller Währungen. Die Regeln des IWF verpflichtete die Staaten auf feste und anpassungsfähige Wechselkurse ihrer Währungen, um den internationalen Handel so zu befördern, daß sie diese von Wechselkursrisiken weitgehend befreien konnten. Die

Wirtschaftssubjekte konnten daher internationalen Handel betreiben, ohne stetig schwankenden Bewertungen von Währungen befürchten zu müssen. Die „Weltbank“ setzte zunächst ihre Kredite überwiegend zum Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Nachdem aber im Frühjahr 1948 der sogenannte Marshall-Plan in Kraft getreten war, der Westdeutschland an den Westen und die 1949 gegründete NATO (BRD-Beitritt: 1955) band, widmete sie sich ab 1950 überwiegend der wirtschaftlichen Förderung und Unterstützung der Entwicklungsländer.

Die Diskussion um die Beurteilung ihrer Arbeit wird bis heute kontrovers geführt und verläuft immer noch quer durch alle traditionellen politischen Lager. So gibt es nicht nur Befürworter, für die IWF und die Weltbank eine Verlagerung wirtschaftspolitischer Kompetenzen auf die internationale Ebene verkörpern, indem sie einen Rahmen für den globalen Handel und Finanzverkehr bereitstellen, sondern spätestens seit den Tagungen in Seattle, Prag, Kopenhagen und Genua eine sich medienwirksam formierende „globalisierungskritische Bewegung“, die vor

allem die Politik der Bretton-Woods-Organisationen für nicht reformierbar hält und für ihre Abschaffung plädiert.



Shaking Hands: Präsident der Weltbank J. Wolfensohn (L), der Vertreter der Schweiz K. Villiger (M) und IWF-Chef Horst Köhler (R)

KRITIKPUNKTE AN DER POLITIK VON IWF UND WELTBANK

Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben sich die Aufgaben und die Projekte des IWF und der Weltbank zunehmend verändert. Als Währungspuffer ursprünglich angedacht und im Rahmen der 1982 um sich greifenden Verschuldungskrise der Dritt-Welt-Länder überflüssig geworden, versuchte der IWF mit Sicherstellung von Krediten dieselben finanziell zu stützen. Mit der Sicherstellung von Krediten ging es bei Schuldenkrisen darum, die betreffenden Mitgliedsländern finanziell in der Art und Weise zu fördern, daß sie ihrem Schuldendienst weiter nachkommen konnten(!). Zeitgleich überdachte aber auch die Weltbank ihr Programm zu schrittweisen Beseitigung von Entwicklungsungleichheiten. Zusammen mit dem IWF wurde daher als Antwort auf die Verschuldungskrise 1982 die Strategie der „Strukturanpassung“ ins Leben gerufen, mithilfe derer die Kreditwürdigkeit der verschuldeten Entwicklungsländer so schnell wie möglich wieder hergestellt werden sollte. Mit ihnen wollte der IWF sicherstellen, daß der Kreditnehmer weiterhin seine Schulden bezahlen kann.

Die Hauptproblematik hierbei lag darin, daß die verschuldeten Entwicklungsländern erstens den Strukturanpassungen von Weltbank und IWF

beinahe schon (wieder) kolonialistisch unterworfen waren und zweitens mit einem zu exzessiven Eifer versucht wurde, ein wirtschaftliches Idealbild zu erreichen, ohne die politischen und sozialen Faktoren in den jeweiligen Ländern zu berücksichtigen. Die Strukturanpassungsprogramme legten sowohl finanz-, handel- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen fest und griffen somit tief in die Innenpolitik ihrer Klienten ein. Die zahllosen und zum Teil sehr detaillierten Vorgaben der Strukturanpassungsprogramme beschnitten die Regierungen der kreditnehmenden Länder in ihren Möglichkeiten, eigenständige Arbeits- und Sozialpolitik zu gestalten. Von ihnen waren daher in den die Ärmsten der Armen betroffen, die in den einzelnen Regierungen der Entwicklungsländer über keine wirkungsvolle Lobby verfügen und als Konsequenz überproportional von den staatlichen Einsparungen getroffen wurden. Die geplanten Strukturanpassungen berücksichtigten daher weder spezifische lokale Bedingungen noch die Frage nach der politischen Durchführbarkeit!

MEHR MITSPRACHRECHT INNERHALB DER BEIDEN ORGANISATIONEN!

In dem Maße, in dem sich die Defizite als auch die Konsequenzen der Strukturanpassungspolitik in den Entwicklungsländern offenbaren, muss sich das Hautaugenmerk auf die Entscheidungsstrukturen innerhalb der beiden Institutionen richten. Erst hier wird sichtbar, wie angebliche „Entwicklungspolitik“ betrieben wird, ohne die Entwicklungsländer selbst in die Diskussion miteinzubeziehen. Da sowohl im IWF als auch in der Weltbank das Stimmrecht der Mitgliedsländer direkt an den Geldbetrag gekoppelt ist, den sie an die Organisationen zahlen, hat dies zur Folge, daß das Land, das den höchsten Betrag einzahlt, vehementen Einfluß auf die Entschei-





dungen hat oder gar wie die USA mit einer Sperrminorität bestimmte Dinge verhindern und indirekt beeinflussen können. Von Demokratie, wie sie in Institutionen mit einer derartigen Verantwortung erforderlich sei, kann daher keine Rede sein, da die meisten Entscheidungen einer Mehrheit von 85% bedürfen und die USA durch ihren Stimmen-

anteil von 17% eine Sperrminorität besitzen. Da es sich beim IWF und der Weltbank aber um Organisationen handelt, in der die Regierungen der Mitgliedsländer die Politik bestimmen, bleibt die Gewichtung der Stimmen von entscheidender Bedeutung. Um diese Asymmetrie auszugleichen, muß daher ein Mechanismus geschaffen werden, der den Entwicklungsländern mehr Mitspracherecht, und damit zumindest der Zwang zu gemeinsamen Kooperation und der Konsensfindung aller Mitgliedsländer gewahrt wird. Eine Stimmrechtsreform nach dem Prinzip „Ein Land – eine Stimme“ wäre allerdings ebenso unrealistisch wie auch dem Charakter beider Organisationen nicht angemessen, da erstens die Stimme eines Landes seine reale ökonomische Potenz bei weitem

übertreffen würde und auch dies ein Demokratiedefizit widerspiegeln würde; als Beispiel hätte dann die 72 000 Bewohner zählende Karibikinsel Dominica dieselbe Stimm-Macht wie China mit seinen 1 149 500 000 Bürgern.

Um diesem Dilemma zu entgehen, muss die Reform früher schon, nämlich bei den Kriterien zur Festlegung der Stimmen, greifen.

Eine Möglichkeit wäre, die ökonomische Potenz eines Landes nicht komplett zu ignorieren, sie aber auch nicht zum alleinigen Maßstab zu machen. Zu der ökonomischen Potenz sollte auch die qualitative Entwicklung berücksichtigt werden, in dem neben Pro-Kopf-Einkommen auch Kriterien wie Gesundheit und Bildung dargestellt werden. Wenn die relative Position der Mitgliedsländer bei diesen Bezugsgrößen jeweils zu einem Drittel gewichtet würde, ergebe sich ein größeres Stimmrecht der Entwicklungsländer, ohne daß Industrieländer an den Rand gedrängt würden. Unter den zehn Ländern mit den größten Stimmen-

anteilen befänden sich nach dieser Reform die vier bevölkerungsreichsten Entwicklungsländer, während die Industrieländer zwar nach wie vor in der Spitzengruppe waren, aber zwischen einem Drittel und die Hälfte ihres Gewichtes verlieren würden. Insgesamt würde die Neugewichtung zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Stimmen und der Entscheidungen führen und die gegenwärtige drastische Dominanz der Industrieländer beenden. Diese Stimmrechtsreform, gekoppelt mit einer Senkung der Mehrheitsentscheidungen von 85% auf 75% könnte somit eine Struktur ergeben, die eine glatte Blockierung verhindert und den Konsens innerhalb beider Organisationen fördern.

Eine grundlegende Reform von IWF und Weltbank sollte daher angesichts der Erfahrung mit den neoliberalen und zerstörerischen Strukturanpassungen darauf gerichtet sein, die Machtposition beider Organisationen zu begrenzen, ihre Funktionen auf elementar notwendige und demokratisch

legitimierteweltwirtschaftliche Steuerungsaufgaben zurückzuführen und sie im Rahmen einer neuen internationalen Wirtschafts- und Finanzordnung einer globalen Verantwortlichkeit im Sinne einer nachhaltigen d.h. sozial verträglichen Entwicklung ebenso zu unterwerfen, wie der Kontrolle durch die Öffentlichkeit der Mitgliedsländer und der von ihr Betroffenen!

■ PATRICE



anzeige

„Linke in Europa und das Projekt einer europäischen Linkspartei“

Gespräch mit Andreas Wehr,
Mitarbeiter der Linksfraction (GUE/ NGL) im Europäischen Parlament

am 14. Februar 2004

um 14:00 Uhr

im „Roten Laden“

Schloßstr. 22, 13507 Berlin- Tegel



Zum Europäischen Sozialforum in Paris vom 12. – 15. November Auf der Suche nach dem „anderen Europa“

FORUM
SOCIAL
EUROPEEN
2002

„Frei leben oder sterben!“

Wie ein Aufschrei klingen die radikalen Worte auf dem Transparent, der seine Wurzeln in der Revolution 1789 haben könnte. Diese Gedanken scheinen im Gedächtnis dieser Bewegung noch so lebendig wie damals zu sein. Nicht weit von der Demonstrationsroute liegt die Bastille, der Anfang einer revolutionären Bewegung, die ganz Europa und die Welt der Neuzeit veränderte. Die Bastille erinnert daran, dass die Herrschenden die Zeichen der neu anbrechenden Epoche nicht verstehen wollten. Vor den



Polizeischutz für die Symbole des Kapitalismus

Augen des hungernden Volkes gingen sie ihrem luxuriösen Leben nach. Von ihren Ledersesseln in den Glaspalästen der Konzerne und den vorderen Sitzen in den Parlamenten schaut der heutige Adel auf uns herab. Ihre Rezepte sind auf Erhalt ihrer Privilegien, ihres Reichtums auf Kosten der unteren Gesellschaftsschichten ausgelegt. Wäre einer von ihnen auf den Zustand des Bettlers oder illegalen Immigranten reduziert – er hätte Schwierigkeiten in so einer überquellenden Metropole wie Paris zu überleben. Überall sieht man sie: die algerischen Männer, die in den stinkenden Metro-Stationen Nüsse verkaufen oder die Emigranten aus Nigeria, die mit Freunden auf dem Bürgersteig Karten spielen und Kronenbourg-Bier trinken. Diese hochfrequentierte Weltstadt lebt von ihren Touristen, die schnell mit Hochglanzprospekten und Stadtplan an den Bettlern und Prostituierten vorbei hasten, um den feudalen, unnahbaren Charakter der Stadt einzufangen.

Mehr als 250 000 Demonstranten gingen am 15. November unter dem Motto „Für ein Europa der sozialen Rechte in einer Welt ohne Krieg“ auf die Straße. Spanier, Engländer, Österreicher, Bretonen, Basken, Kurden, Türken, Franzosen, Griechen, Italiener... – ganz Europa hat sich vereint, um für eine sozialere

und demokratischere Zukunft zu demonstrieren. Der selbstbewusste Zug von Demonstranten zeigte Stärke und Vielfalt: ein großer Frauen-Block, die algerischen Emigranten von den Sans-Papiers, das Netzwerk Attac, mehrere Gewerkschaften aus Frankreich, Italien, Spanien und Deutschland, kirchliche Gruppen und Friedensorganisationen. Auf dem mehr als zweistündigem Zug vom Place de la Republique zum Place de la Nation paradierten nicht nur die traditionellen Organisationen und Bewegungen, hier zeigten auch viele neue Gesichter Widerstand. Die digitalen Anzeigen der Hauptverkehrsachsen und Boulevards in der Innenstadt hießen das Europäische Sozialforum (ESF) willkommen. Die Flics, die französischen Polizisten, hielten sich auch immer unauffällig in den Seitenstraßen versteckt.

Bereits am ersten europäischen Sozialforum hatten im November 2002 in Florenz ca. 60 000 Menschen teilgenommen. Zu der Demonstration gegen den drohenden US-Krieg im Irak versammelten sich eine Million Kriegsgegner in der Toskana-Metropole. Diesmal wurde in Paris über den europaweiten Sozialabbau als Ergebnis neoliberaler Regierungspolitik diskutiert. In den Pariser Vorstädten St. Denis, Bobigny und Ivry wurden über 40 000 Engagierte begrüßt. In 55 Konferenzen, 250 Seminaren und 400 Workshops wurden die Themen der Globalisierungskritik, Krieg und Frieden, Antirassismus und die Europapolitik diskutiert und Alternativvorstellungen entwickelt. Das ESF hat sich für ein Parteienverbot entschieden, weil allein die „sozialen Bewegungen“ auf dem Forum das Sagen haben sollten.

Dies ermöglichte es auch einer Reihe linker, radikaler Gruppen wie die Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) oder die Socialist Workers Party (SWP) am ESF teilzunehmen und um neue Mitglieder zu werben.

Dieses Jahr galt die besondere Aufmerksamkeit den Minderheiten des Kontinents sowie den Frauen. Die Problematik der ungleichen Behandlung und Stellung der Frauen in allen Gesellschaften wurde in am 14. November in Bobigny diskutiert. Abgeschlossen wurde der „Frauentag“ des ESF mit einem



Impression von der Abschlussdemo

Frauenmarsch durch Bobigny, an dem etwa 10.000 Frauen teilnahmen. Sie stellten klar, dass eine „andere“ Welt ohne die massive Einbindung von Frauen nicht möglich sein wird. Vorbild war die Organisation des ESF aber nicht: der Frauentag fand ein Tag vor der eigentlichen Eröffnung statt und im Programm wurde diese Versammlung erst gar nicht erwähnt. Das ESF wurde wieder vorrangig von unbezahlten Freiwilligen organisiert. Die Dolmetscher-Studenten saßen dort manchmal bis zu zwölf Stunden hinter dem Mikro, um die über zehn Sprachen zu übersetzen. Die Ermüdung dieser Studenten entging dem Zuhörer nicht, wenn die Übersetzung aus heiterem Himmel von einem lauten Fluchen unterbrochen wurde.

500 000 Euro spendierte der gaullistische Präsident Chirac, um das ESF zu unterstützen. Außerdem schickte er seinen Sondergesandten Jérôme Bonnafont als Beobachter zum ESF, um dort eine Verbindung zu der Bewegung für eine alternative Globalisierung aufzubauen. Schon im Sommer lobte Chirac den „Gegengipfel“ zum G8-Gipfel in Evian. Natürlich liess er es sich nicht nehmen, die Nicht-Regierungsorganisationen in seinen Amtssitz im Palais Royal einzuladen.

„Lasst uns Utopisten sein, um konkrete Ergebnisse zu erzielen. Wir sollten uns aber darüber im klaren sein, wer unsere Gegner sind. Wenn es uns nicht gelingt, zusammenzukommen, dann geht die liberale Globalisierung einer goldenen Zukunft entgegen.“ gab der Bürgermeister von Paris Bertrand Delanoë den Globalisierungskritikern mit auf den Weg. Eine freundliche Warnung, die auch nach Paris die Frage offen lässt: Wie sieht das „andere Europa“ aus? Geben wir uns wieder der Utopie hin: „Le monde est à nous!“ (Die Welt gehört uns!)

■ MARIA K.

Berlin's Pleite

An dieser Stelle veröffentlichen wir die gekürzte Fassung des Positionspapiers von Dr. Thomas Enke, Referent für Haushaltspolitik der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, dass die Ursachen der Finanznot von Berlin sehr gut veranschaulicht.

Berlin hat Ende 2003 ca. 51 Mrd. Euro eigene Schulden auf den Kreditmärkten. Hinzu kommen über 20 Mrd. Euro Risiken der Bankgesellschaft sowie weitere Verbindlichkeiten von mindestens 15 Mrd. Euro jener formal privatrechtlichen Unternehmen, für die Berlin als Alleineigentümer oder Gewährträger letztlich haften muss (Wohnungsbaugesellschaften, Verkehrsbetrieb, Entwicklungsträger usw.). Allein an unmittelbaren öffentlichen Schulden lasten damit auf jedem Bewohner Berlins rund 15100 Euro – das Zweieinhalbfache dessen, was durchschnittlich auf den Schultern der übrigen Bundesbürger an Landes- und Kommunalschulden ruht. Davon stammen 500 Euro, also reichlich 3 %, aus dem Banken-Skandal.

Seit dem rot-roten Regierungsantritt waren zwar 600 Mio. Euro dafür eingestellt worden – tatsächlich floss aber seitdem bisher kein Cent öffentlicher Mittel an die Bankgesellschaft.

Das wird zwar vermutlich künftig nicht so bleiben, aber die Garantie für einen Teil der Risiken der Berliner Bankgesellschaft kostet die Allgemeinheit auch langfristig höchstens die Hälfte dessen, was es bei deren ansonsten unabwendbarem Konkurs 2002 gewesen wäre.

Woher rührt der Berliner Schuldenberg von 51 Mrd. Euro? Ein Drittel sind Schulden, die im alten West-Berlin trotz der üppigen Bundeshilfen (1989 z.B. 6,4 Mrd. Euro direkte Zuschüsse ans Land und weitere 4,7 Mrd. Euro spezielle Steuersubventionen für Westberliner Unternehmen und Beschäftigte) angehäuft wurden, plus die daraus resultierenden Zinsen.

Der Gerechtigkeit halber darf dabei nicht unerwähnt bleiben, dass wiederum allein ein Viertel davon aus der Wendezeit 1989/90 stammen, als das Funktionieren der plötzlich wieder offenen, geeinten Kommune gesichert werden musste. Die beiden von Berliner Nachwende-

Politik zu vertretenden Hauptursachen der übrigen zwei Drittel Schuldenberg

sind die frühere Berliner Wohnungsbau- und Personalpolitik. Erstere war höchst unsozial, letztere höchst sozial. Wäre derselbe Wohnungs-Neubau und Sanierung im vergangenen Jahrzehnt nicht mit den überkommenen westberliner, sondern den sonst bundesweit üblichen Instrumenten gefördert worden, so hätte die Stadt sich bisher mindestens 10 Mrd. Euro sparen können. Nutznießer der extremen Subventionen sind nicht die Mieter, sondern Grundstückeigentümer, „Projektentwickler“ und Banken, die von den selber ausgehandelten, bundesweit einmalig hohen nominalen Baukosten profitierten und profitieren.

Das Land subventioniert noch heute bereits 1967 errichtete Wohnungen, die mittlerweile mindestens dreimal bezahlt wurden. Erst unter Rot-Rot hat dieser Irrsinn mit dem Ausstieg aus der sogenannten Anschlussförderung zum Jahresbeginn 2003 endgültig ein Ende gefunden. Rot-Rot hat dabei sicher gestellt, dass keiner der davon betroffenen MieterInnen deshalb obdachlos wird oder erheblich mehr fürs Wohnen bezahlen müsste (befristete Miet-Abfederung und Umzugshilfen). Berlin hat derzeit 39 Prozent mehr öffentlich Bedienstete als der Durchschnitt der übrigen Länder und Kommunen.

Allein die jährlichen Mehrkosten für Personal und Versorgungsbezüge (Pensionen usw.) bei „Landesbediensteten“ betragen gegenüber dem Länderdurchschnitt rund 1,1 Mrd. Euro.

Der Berliner öffentliche Dienst ist aber deshalb so groß und teuer, weil 1992 auf die außerordentliche Kündigungsmöglichkeit nach Einigungsvertrag für 1990 übernommene Ost-Beschäftigte und bis heute stets auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet wurde, weil



Gegen die Kürzungslogik: Besetzung einer ehemaligen Kita in Kreuzberg durch das Berliner Sozialforum

Mitte 1994 beginnend und seit Oktober 1996 endgültig gleiche Entlohnung für Ost- und Westbeschäftigte gilt – und zu solchen Entscheidungen stand und steht die PDS ja wohl bundesweit.

Mit dem Anwendungstarifvertrag vom 31.7.03 und dem Sonderzahlungsgesetz hat Rot-Rot diese Philosophie weiter entwickelt:

Verbleib im Flächentarifvertrag plus Kündigungsschutz bis 2009 bei Verkürzung der Arbeitszeit und damit der Entgelte um durchschnittlich 10 % für Nicht-Beamte, Rückführung der Arbeitszeit auf bundesweit übliches Niveau bei Reduzierung der Sonderzahlung auf einheitliche – damit sozial verträglichere – Sockelbeträge bei Beamten. Dadurch kann der planmäßige Abbau von 25000 der derzeit 133400 Vollzeit-Stellen bis 2012 erstmals wieder mit einen verbindlichen Einstellungskorridor in den völlig überalterten Berliner öffentlichen Dienst gekoppelt werden. Allein bis 2006 können mindestens 4970 junge Menschen in den Dienst übernommen werden, dessen Kosten trotzdem um 500 Mio. Euro im Jahr sinken. Die finanziell wohl wichtigste, aber naturgemäß nicht exakt bezifferbare Ursache der Berliner Haushaltsmisere liegt jedoch in der Politik der Bundesregierungen Kohl und Schröder mit ihren exorbitanten Einnahmeausfällen bei gleichzeitigen sozialen Mehrausgaben der Stadt begründet. Deshalb klagt Rot-Rot schließlich in Karlsruhe gegen den Bund. Kohls Lüge von den „blühenden Landschaften“ allein durch die Tatsache der Einheit hatte für Berlin besonders verheerende Folgen: Pöppelste der Bund 1989 Westberlin noch mit 11,1 Mrd. Euro Steuervergünstigungen und direkten Zuschüssen, so stürzten diese für ganz

Berlin bis 1994 auf das auch noch heutige Niveau der für alle Ost-Länder geltenden Bundes-Ergänzungszuweisungen, hier von 2,5 Mrd. Euro jährlich. Nicht zuletzt wegen dieses rabiaten Ausstieges aus einer jahrzehntelangen Subventionierung befindet sich Berlin wie kein anderes Land in einer bereits lang anhaltenden strukturellen Wirtschaftskrise mit entsprechenden Auswirkungen auf sinkende Steuereinnahmen bei gleichzeitig wachsenden Sozialausgaben.

Bundesweit war 1993 letztmalig ein Rezessions-Jahr, die anderen ostdeutschen Länder rutschten im vergangenen Jahr erstmals wieder in eine solche. In Berlin jedoch gab es seit 1996 nur ein Jahr – 2000, als sich der Regierungs- und Parlamentsumzug auswirkte –, wo die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorjahr nicht zurückging. Heute ist Berlin – preisbereinigt – auf die Wirtschaftskraft von 1991 zurück gefallen – bundesweit werden durchschnittlich 116,8 % der damaligen erreicht. Die Berliner Steuereinnahmen waren 2002 so niedrig wie seit 1993 nicht mehr. Andererseits stieg in der selben Zeit die Zahl der ausschließlich von Sozialhilfe Abhängigen von 200 000 auf 260 000 – auf der Stadt lasten damit zweieinhalbmal so hohe Sozialhilfeausgaben pro Kopf wie auf den anderen ostdeutschen Kommunen. Außerdem brechen die öffentlichen Einnahmen wegen der von allen bundespolitisch relevanten Parteien – ausgenommen PDS – betriebenen Steuerpolitik weg und werden immer unkalkulierbarer. So wurden nach dem Beschluss der „Steuerreform 2000“ Berlin für 2002 Einnahmen an Steuern und Zuflüssen aus dem Länderfinanzausgleichs-System von 12,42 Mrd. Euro prognostiziert – tatsächlich konnten dann nur 10,46 Mrd. Euro vereinnahmt werden. Nach der jüngsten Steuerschätzung vom November werden 2003 Berlin 480 Mio. Euro Einnahmen – d. h. fast 5 Prozent gegenüber einer nur ein halbes Jahr zurückliegenden Planung! – fehlen. All das sind gute objektive Gründe für eine Klage gegen die bestehende Finanzverfassung der BRD.

■ DR. THOMAS ENKE

info

die ungekürzte Fassung:
www.pds-berlin.de/partei/deba/031202enke.html

Die Linke im Baskenland – progressiver Patriotismus?

Bereits im 19. Jahrhundert tauchten erste Forderungen nach Autonomie des Baskenlandes auf. Diese müssen als Reaktion ländlicher Bevölkerungsschichten und des Mittelstandes auf die Folgen der Industrialisierung, z.B. die Zuwanderung von spanischen Arbeitern in das Baskenland, begriffen werden. Die 1895 gegründete Baskische Nationalpartei PNV versuchte dem Modernisierungsprozess mit völkisch – rassistischen und folkloristischen Forderungen zu begegnen.

Während des Spanischen Bürgerkrieges (1936 - 1939) kämpften die Baskinnen auf der Seite der Republikaner.

Nach dem Krieg rächten sich die Frankeisten. Sie ließen das Baskenland v. a. im Sozialbereich und Bildungsbereich ausbluten. Baskisch wurde von der Zentralregierung unter harten Strafen verboten.

1959 gründeten Studierende aus dem Umfeld der PNV als Reaktion auf deren Untätigkeit die ETA (Euskadi ta Askatasuna = Baskenland und Freiheit), in der sich bis heute 10 000 – 15 000 Baskinnen engagiert haben. Die Ausrichtung der Organisation war linkspatriotisch, antikapitalistisch und konsequent antifaschistisch. Ab 1967 ging die ETA zum Angriff auf Symbole des Systems, ab 1968 zur Stadtguerillataktik über. Das Regime reagierte äusserst hart,

die Eurras aber hatten die Mehrheit der Basken auf ihrer Seite. Das linkspatriotische Lager umfasst heute verschiedene Parteien, Organisationen, Gruppen, Gewerkschaften sowie die Hausbesetzerinnenszene.

Auch nach 1975, dem Todesjahr des Diktators, formierten sich, vermutlich auf Anweisung der Regierung, rechts-extreme Terrorbataillone, die zu einem guten Teil aus Polizisten bestanden, und eröffneten die Jagd auf Linkspatriotistinnen.

Mit dem Statut von Guernika, dem Statut des Baskenlandes, von 1979 wurden der baskischen Regierung weitgehende Hoheitsrechte zugestanden. Baskisch wurde dem Spanischen gleichgestellt.

Die ETA verlor, anders als das linkspatriotische Spektrum als Ganzes, immer mehr die Unterstützung der Bevölkerung. Nicht zuletzt, weil sie immer wahlloser tötete. Bomben in Einkaufszentren sowie Anschläge auf Angestellte der staatlichen spanischen Telefongesellschaft lösten in der Bevölkerung Unverständnis und den Ruf nach einem Ende der Gewalt aus. 1998 erklärte die ETA einen unbefristeten Waffenstillstand. Insgesamt verloren seit der Gründung der Organisation zwischen 800 und 1000 Menschen ihr Leben, nicht eingeschlossen die zirka 200 Baskinnen, die während der letzten



Im Hintergrund: Bilder von politischen Gefangenen

25 Jahre von Polizei und Guardia Civil ermordet wurden.

Anfang 2002 wurde Herri Batasuna, der politische Arm der ETA, verboten. Die Partei hatte 1998 bei den Wahlen zum baskischen Parlament bei einer Wahlbeteiligung von 70% immerhin fast 20% der Stimmen auf sich vereinen können.

Von einer Gleichberechtigung der Baskischsprecherinnen ist das Baskenland noch weit entfernt. Baskischsprecher erscheinen dem spanischen Staat als potenzielle Terroristen und geraten sehr schnell ins Visier der Staatsmacht, die willkürlich Menschen verhaften sowie mit fadenscheinigen Argumenten inhaftieren und verurteilen lässt. In den Gefängnissen sind Folter und Vergewaltigung keine Ausnahmen. Heute gibt es in Spanien mehr politische Gefangene aus dem Baskenland als zur Zeit des Frankismus. Die politischen Gefangenen verbüßen häufig sehr hohe Haftstrafen (ETA - Terroristinnen werden schon mal zu 380 Jahren Haft verurteilt) und sitzen zudem oftmals in Anstalten ausserhalb des Baskenlandes ein. Zwar haben Angehörige das Recht, Familienmitglieder und Freundinnen im Knast zu besuchen, doch allein die großen Entfernungen zwischen Wohnort und Gefängnis (z.B. auf den Kanarischen Inseln) verunmöglichen regelmässige persönliche Kontakte. Angehörigeninitiativen erfahren die Zustimmung und Unterstützung fast der gesamten Bevölkerung. Obwohl 90% der Kinder in den Schulen Baskischunterricht (als Muttersprache oder Fremdsprache) erhalten, gibt es noch immer nicht in allen Regionen baskischsprachige Schulen. Die einzige baskischsprachige Tageszeitung wird jährlich mit 700.000 Euro von der Regierung in Madrid bezuschusst. Regierung und Polizei setzen ebenso wie die ETA ihnen unangenehme Reporterinnen unter Druck. Die gesamtspanischen Medien beurteilen den Konflikt des Landes in einem einfachen, Madrid genehmen, Schwarz - Weiss - Schema. Vor 3 Jahren wäre der baskischsprachige Teil der Universität beinahe dem Sparwahn zum Opfer gefallen. Lediglich ein gemeinsamer Streik von spanischsprachigen und bas-



kischsprachigen Studierenden konnte dies verhindern. Die Prioritätensetzung beim Kürzen von Geldern spricht für sich.

Es sollte jedoch nie vergessen werden, wie schnell für progressive Ziele genutzter Patriotismus in sein Gegenteil umschlagen kann. Wo die Nation zum Selbstzweck (im Interesse der Herrschenden) wird, schlägt Patriotismus in Nationalismus um. Der im Oktober von der PNV unter Mitwirkung der ETA verfasste „Plan Ibarretxe“, der als neues Statut für das Baskenland gehandelt wird, definiert Baskentum ethnisch und legt das Baskische als einzige Sprache des Baskenlandes fest. Damit diskriminiert er nicht nur Ausländerinnen, Migranten und Spanier aus anderen Teilen Spaniens, sondern auch die spanischsprachigen Baskinnen. Von Sozialismus ist in diesem Plan keine Rede mehr.

Für die Mehrheit der Linkspatriotisten stellt der „Plan Ibarretxe“ keine Lösungsoption dar. Die Idee eines unabhängigen Baskenlandes ist für sie unaufkündbar mit der Vorstellung einer emanzipatorischen, nicht - kapitalistischen, ökologischen Gesellschaft verbunden, in der jede Baskin sein kann, die Baskin sein möchte.

■ LISA LOTTA (z. Zt. im Baskenland)

[-news-archiv-termine-linkliste-](#)



SOLI-AKTION

Am 1. Januar 2004 wird das 10jährige Jubiläum des Aufstandes der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN gefeiert. Neben der Stadt San Cristobal de las Casas haben die Zapatistas am Neujahrstag 1994 die Rathäuser von vier weiteren wichtigen Städten in Chiapas eingenommen.

Aus Anlaß des Inkrafttretens des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA (eine der ersten Neoliberalen Gewaltakte der Neuen Weltordnung) sagten die Indigenas „Ya basta!“ (Es reicht) – zum Vergessen, zur Marginalisierung, und zum praktischen Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben seit mehr als 500 Jahren.



DIN A2, vierfarbiger Druck ansehen: gruppe-basta.de

5 Stk = 3,50 Euro; 10 Stk = 7,-
20 Stk = 9,- Euro; 50 Stk = 16,-
inclusive Versand
in Briefmarken oder Scheinen
an:

**Gruppe B.A.S.T.A.
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48147 Münster**

jetzt bestellen & kleben!

In Bolivien erstürmen die Indios die politische Macht

Die Furie des Aufruhrs und der Zwiespalt der Demokratie

In Bolivien scheint jeder Wille zur politischen Veränderung unweigerlich mit einer sozialen Revolte verbunden zu sein. Erst dann, wenn der Aufstand einsetzt, richtet sich die Aufmerksamkeit der Welt auf das arme Andenland, von dem sie sonst, aufgrund seiner gegenüber Argentinien, Brasilien oder selbst Chile ökonomischen Rückständigkeit, kaum Notiz nimmt.

Dem Geist der Revolte verschrieben, ist in Bolivien ihre Vollendung stets ungewiss. Sinn und Zweck des Aufbegehrens ergeben sich vielmehr im Prozess selbst, der wie ein Fluch fortdauernd unabgeschlossen bleibt. Hier wird mit schwer berechenbaren, sprunghaften Maßstäben, aber mit einer in der Region kaum vergleichbaren Radikalität gehandelt. Spontaneität steht gleichsam als Markenzeichen für eine eigenartige politische Kultur, die auf die Geschichte des Landes verweist. Die politische Instabilität, die solch eruptive Rebel-

tionen hervorzurufen imstande ist, entspricht aber hier immer einer Vorahnung dessen, was der ganzen Region politisch und sogar historisch bevorsteht. Bolivien kann als Südamerika in potentia, als dessen seismographischer Ausdruck bezeichnet werden.

Eingemauert durch die Anden, die Meeresküste allzu fern, die man an den Erzfeind Chile im Pazifikkrieg 1879 verlor, dem Weltmarkt als Binnenlandprovinz weitgehend verschlossen, aber auch bar aller kalkulierbarer Schemata zweckrationaler politischer Auseinandersetzung, - das Andenland wirkt in den Augen der Welt wie eine Schrulle des Unzeitgemäßen, das Vergangenes als Ideologie oder Zukünftiges als Utopie aufzuzeigen vermag, dem Takt der Gegenwart jedoch nicht folgend. In Zeiten des Aufruhrs - immer kurz, aber heftig - blitzt Bolivien auf. Aus der bloßen Geographie wird beobachtbare, erlebbare Geschichte. Sobald die Revolte abklingt, kehrt aber das Land zum gewohnten Schlummertrott zurück, zur Sparflamme, bis es der nächste Aufruhr noch einmal aufflammen lässt.

Jedem Aufbegehren haftet hier etwas Ekstatisches an, das sich nach und nach zu realhistorischer Tendenz mausert. Die Revolte erwächst aber hier aus den Urgründen der säkularen, brutalen Unterdrückungs- und Ausbeutungsgeschichte der mehrheitlich autochthonen Bevölkerung, die zusammen mit Mischlingen und einer Handvoll deklassierter Weißer das Gewissen des Andenlandes verkörpert.

Dieses Land ist eben Bolivien, das sich in der politischen Revolte zu geschichtlichen Taten aufschwingen kann, in ruhigeren Zeiten jedoch wie ein Naturschutzpark merkwürdiger Ethnien, unkatalogisierter Arten wirkt. Hier ist der Zwiespalt landeskonstitutiv. Gerade auf diesem Territorium, auf dem noch Franziskaner-Kirchen stehen, in denen Indios in

einem von den Geistlichen erlernten Latein aus dem 16. Jahrhundert noch heute voller Inbrunst die Messen singen, um dann bei sozialer Zuspitzung dem Ruf des Generalstreiks zu folgen. Schon in der Kolonialzeit fürchteten die Spanier panisch dieses Gebiet, gelegen im Hochperu, aber auch in den breiten Tälern des Südens - die eher an Argentinien erinnern und in denen der Geist der Rebellion in jeder Indio-Hütte oder selbst in den Kreolen-Häusern lauerte -, oder die Undurchdringlichkeit der Tropen, wo die ersten südamerikanischen Guerilleros phasenweise Zuflucht fanden, um gegen die Kolonialmacht aufzubegehren. Die spanischen Herren wussten um die aufrührerische Latenz dieses Zentrums, dieses Schmelztiegels des Aufstands. Hier war nichts zu bändigen, nichts langfristig zu unterjochen, nicht einmal die raue Umgebung, die zerklüftete Natur.

Anfang des 19. Jahrhunderts ertönten dort die ersten Stimmen gegen das Kolonialjoch und ihr Schrei verhallte in der weiten, bizarren Geographie des Landes, bis dieses Ursignal zur Entmachtung der Spanier auf das umliegende, argentinische, peruanische, ekuadorianische oder chilenische Umland übergang.

Im 20. Jahrhundert verblüffte Bolivien dann die Welt mit der an Einzigartigkeit und Radikalität kaum zu übertreffenden Aprilrevolution von 1952, die den jungen Ernesto Ché Guevara bald zum antiimperialistischen Guerilla-„Fokus“-Krieg inspirierte. Das „kolonialisierte Indianerding“ schien aufgrund der Umbrüche in Bolivien allmählich zum Menschen zu werden. Peruanische oder ekuadorianische Indios schöpften Hoffnung. Und ihre jeweiligen Oligarchien zitterten vor möglicher Nachahmung. Eine tief greifende Bodenreform, eine neue, demokratische Verfassung, die



reale Abschaffung der Leibeigenschaft und umfassende ökonomische Reformen schienen dem Land eine bessere Zukunft zu verheißen. Lateinamerikas Hoffnungen erwachten erneut. Plötzlich waren auch die Augen der Welt auf das vergessene Bolivien gerichtet, bis die dortige, noch feudal gebliebene Nationaloligarchie mit Hilfe der USA den revolutionären Anfang ausbremste und zum Stillstand brachte. Militärputsche folgten, bei denen Bolivien den traurigen Weltrekord hält.

Die Regierung des linksliberalen Hernán Siles Suazo beendete jedoch 1982 die Zeit der Militärdiktaturen. Von da an verwies die Demokratie das Militär in die Schranken der Kaserne. Alles schien in den Bahnen einer umfassenden Modernisierung zu laufen, die dem Land mehr Freiheit und Gerechtigkeit bringen sollte. Die erste, institutionelle, parlamentarische Phase der Demokratie setzte jedoch ein, ohne die unerlässliche soziale Frage zu beantworten, die auch in

Bolivien immer den eigentlichen Grund von Rebellionen darstellte.

Heute scheint sich eine Neuauflage der revolutionären Ereignisse vom 1952 anzukündigen. Eine etwa dreimonatige, lang anhaltende Revolte beendete - von der Straße her - die Präsidentschaft von Gonzalo Sánchez de Lozada, der am 17. Oktober unter dem Druck der mehrheitlich indianischen Opposition nach blutigen Auseinandersetzungen mit über 70 Toten zurücktreten musste. Am gleichen Tag wuschen Kinder und Greise in La Paz, El Alto und Cochabamba symbolisch Blutflecken aus der bolivianischen Fahne, um den Neuanfang zu bekunden.

Erstarkt durch den Erfolg steht jedoch die Verwirklichung weiterer politischer Forderungen auf der Tagesordnung, während das bürgerliche Lager zu Mäßigung und Versöhnung aufruft - immer dann, wenn es schwach geworden ist.

Während der Gringo „Goni“ Sánchez mit ein paar noch loyaler Minister nach Miami flüchtete, wählte zeitgleich das Parlament verfassungsgemäß einen neuen Präsidenten. „Jetzt geht's erst los!“ riefen zugleich Demonstranten in La Paz und in der Vorstadt El Alto. „Die Revolte ist längst nicht beendet!“ – auch nicht mit dem Regierungsantritt des 50jährigen Vizepräsidenten Carlos

Mesa, einem parteiunabhängigen, als gemäßigt geltenden Journalisten, der ein Referendum zur Konsensfindung über den sog. „Gaskrieg“ und die Ausrufung einer Nationalversammlung versprochen hat. Mesa wird bis zu Neuwahlen provisorisch das Land führen. Keine leichte Aufgabe, der permanenten, angekündigten Revolte entgegenzuwirken, bis womöglich der erste indianische Präsident - der einstige Kokabauer Evo Morales hätte die



besten Chancen - Bolivien regiert. Das Minimalziel der linksindianischen Opposition scheint erfüllt. Doch wirkliche Ruhe ist noch nicht eingekehrt.

Umfassende Reformen von Legislative und Exekutive werden anvisiert, die Zurücknahme der unlängst in Kraft getretenen Steuerreform und, das ist z. Z. das dominierende Thema, alternative Strategien zum Export der Bodenschätze sind ins Auge gefasst - wie das kürzlich entdeckte, auf Trillionen Kubikmetern geschätzte Erdgasvorkommen im Süden des Landes. Die von Morales geführte linke MAS (Movimiento al Socialismo), die bei den Wahlen am 30. Juni vorigen Jahres 20,9% der Stimmen gewann, will nun - zusammen mit dem radikalen Aimara-Indioführer Felipe Quispe, der an der Spitze der MIP (Movimiento Indígena Pachakuti) steht - den Export der großen Erdgasvorkommen durch das eigene Land über Peru erzwingen und nicht - wie bisher geplant - durch den vermeintlich kürzeren und einfacheren Weg über einen chilenischen Hafen, der dann von einer Pipeline via Mexiko in die USA führen soll. Wer die nötigen Investitionen zu dieser Option, die zweifellos Tausende Arbeitsplätze schaffen würde, aufbringen soll, ist allerdings nicht bekannt. Helfen könnten nur die linksdemokratisch regierten Länder Argentinien und

Brasilien, auch im eigenen Interesse, da das bolivianische Erdgas als besonders reichhaltig und preiswert gilt. Doch beide Länder werden einen möglichen Zwist mit den US-Amerikanern abwägen müssen.

„Erdgas zuerst für die Bolivianer!“ skandiert man indes bei Kundgebungen in La Paz, Cochabamba oder Oruro. „Nieder mit dem Yankee-Imperialismus!“ Durch weitere, guerillaartige Blockierungen der wichtigsten Straßen des Landes fordern sogar etwa 20% der Bevölkerung die sofortige Einführung des „bolivianischen Sozialismus.“ „Die Weißen nach Spanien!“ hört man auch gelegentlich aus dem Lager der radikalen MIP. Ein umgekehrter Rassismus ist hier unüberhörbar.

Eine bleierne Bredouille. Das US-Establishment ist bestürzt und das nationale Bürgertum erschüttert, die „Bleichgesichter“ des Landes zutiefst verängstigt. Soll das indianische Dienstmädchen etwa jetzt Herrin werden? Und der Kof-

ferträger indianischer Herkunft auf dem Flughafen das jahrzehntelang getragene Gepäck plötzlich fallen lassen, den einstig weißen Herren umrempleln und selbst in das Flugzeug einsteigen, womöglich in der ersten Klasse Platz nehmen? Könnten sich die Ereignisse des Jahres 1898 wiederholen, fragt sich die weiße Minderheit, als die Indios an die 100 Großgrundbesitzer und Kadetten in der damaligen Hauptstadt Sucre töteten, ihre Leichen zerstückelten, um dann die zerhackten Glieder zu verspeisen? Selbst ein Priester, erzählt man, der zur Versöhnung der indianischen Rebellen mit den in einer Kaserne verschanzten Weißen herbeieilte, soll keine Gnade gefunden haben. Die Indios hätten kurzerhand aus dem noch zittrigen und warmen Leib des Geistlichen das „weiße“ Herz aus der Brust gerissen. „Seitdem fließt auch weißes Blut in den Indioherzen“, sagen die Weißen. Alter Mythos oder Wirklichkeit? Die Angst jedenfalls sitzt tief, die säkulare Feindschaft ist noch nicht geschlichtet, und das Land scheint weiterhin unregierbar.

Doch weitere Probleme erschüttern das Land. In den unterschiedlichen Regionen erheben sich immer stärker föderalistische, gar separatistische Stimmen. Bolivien droht auseinander zu fallen. Im östlichen Santa Cruz de la Sierra

z. B., inzwischen die größte und bevölkerungsreichste Stadt des Landes, ist der rassistisch motivierte Regionalismus sehr stark geworden, obgleich die Bevölkerung auch dort mehrheitlich indianisch ist. Die weiße Elite regiert noch in der Stadt. Kürzlich bewaffneten sich dort Tausende zur Verteidigung der sog. „Camba-Nation“ gegen die „Kollas“ (die in den Anden lebenden Indios), die wie eine „schwarze Lawine“ über das „spanisch-kastillische Camba-Land“ hereinbrechen könnten. „Weg mit den Indios!“ heißt es dort, wo die meisten Erdölreserven des Landes liegen.

Im südlichen, an der Grenze zu Argentinien befindlichen Tarija, wo das o. g. Erdgas gefunden wurde, werden ähnliche Forderungen erhoben. Das „Bolivien der Regionen“, in dem immer noch zentralistisch - von La Paz aus - regiert wird, droht nun der Kollaps, wenn nicht sogar der endgültige Zerfall oder das Verschwinden als Nation. Und der soziale Sprengstoff sorgt weiterhin für Revolten, die die soziale Zerrüttung des ganzen südamerikanischen Subkontinents zum Ausdruck bringen.

■ DR. HUGO VELARDE

Der in La Paz (Bolivien) geborene und in Berlin lebende Autor ist Schriftsteller und Philosoph.

Filmreihe: „Berlin – geteilte Stadt im Film“

Da habt ihr euch mal wieder selbst ertappt – bei der Popularisation dieser soziologischen und wirtschaftlichen Disharmonie zwischen Zonis und Westis und dabei ist das Ganze doch schon über 13 Jahre her.

Die Wilhelm-Pieck-Straße gibt es heute nicht mehr und Nudossi isst man auch im Westen der Stadt zum Frühstück. Auch wenn nicht alle Deutschen von Kindheitserinnerungen im IKEA-Plastikballpool reden können oder nach dem Sandmann zu Bett gegangen sind: von der geteilten Stadt ist jetzt nicht mehr viel übrig. Am Checkpoint Charlie können sich die Touristen ihre Portion „Mauergeschichte“ von der ehemals in Sektoren zergliederten Hauptstadt mitnehmen. Zerklüftet und gegensätzlich ist sie noch immer, die Stadt mit dem Bären. Vom Mauerbau bis zur Wiedervereinigung: Berlin war und bleibt das Zentrum der deutschen Geschichte.

Nach ihrem USA-Studium war die Sozialwissenschaftlerin Iris Praefke überzeugt: eine Filmreihe muss her! Sie überzeugte die Chefs des Kinos Nickelodeon ebenso wie die Humboldt Universität zur Zusammenarbeit, um

Berlin als geteilte Stadt auf 35mm Zelluloid zu thematisieren. Zehn Filme



hat sie an Land geschafft, die das ehemals durch Mauern getrennte Berlin dokumentieren.

Die enorme gesellschaftliche Brisanz hat den Filmen nicht immer für Publikumsströme gesorgt, manchmal verstaubten die Werke wegen „wegen anti-sozialistischer Tendenzen“ auch im Archiv der Behörden.

Weil diese Filme zu ihrer Entstehungszeit als „Kassengift“ galten, haben sich nur wenige Filmemacher im Westen mit der Teilung der Stadt befasst.

„Was uns das Herz zerreißt, dass findet Billy Wilder komisch“, empörte sich 1961 die Berliner Zeitung über den Film „Eins, Zwei, Drei“. Der erhoffte Erfolg für den jüdischen Regisseur blieb aus, nur in Amerika fand der Film ein dankbareres Publikum.

Ob ein nach Liebe suchenden Engel oder ein Ex-Häftling, der seine vereinte Stadt neu entdecken muss - von schrulliger Komik bis zur tragischen Liebesgeschichte ist in der Filmreihe „Berlin – geteilte Stadt im Film“ alles dabei.

Bis zum 18. Februar werden die geschichtsträchtigen Filme gezeigt, jeweils Donnerstag um 17:15 Uhr werden die Filme durch einen Vortrag von Journalisten, Wissenschaftlern, Autoren sowie Diskussionen mit den Filmemachern ergänzt.

Seht euch die alten (n)ostalgischen Streifen, jenesst eurer Pilsener und erfreut euch an der idyllischen Wohnzimmeratmosphäre im Nickelodeon! Ihr werdet begeistert sein: Berlin, Berlin, Du bist so wunderbar!

BERLIN - GETEILTE STADT IM FILM

Das Programm

- 8.1. - 14.1. Der Himmel über Berlin
 - 15.1. - 21.1. Ostkreuz
 - 22.1. - 28.1. Der Strass
 - 29.1. - 4.2. Gorilla Bathes at Noon
 - 5.2. - 11.2. Mittendrin
 - 12.2. - 18.2. Berlin is in Germany
- Nickelodeon, Torstr. 216
Tel.: 30 872 372

Das komplette Programm:
www.stadt-im-film.de



Billy Wilder in Berlin

anzeige

Wie wär's mit Luxemburg?

Anfragen zu Publikationen und Veranstaltungen oder einem Stipendium für Studium oder Promotion unter

info@rosalux.de
www.rosalux.de

rls

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Aktion gegen Rechts

Lokaler Aktionsplan gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus für Pankow enthüllt rechte Infrastruktur und bestehende Diskriminierungsformen von MigrantInnen

Der Großbezirk Pankow nimmt in der Statistik der rechtsmotivierten Straftaten einen der traurigen Spitzenplätze ein (76 Straftaten, 85 Propagandadelikte – das sind 20% der stadtweit bekannten Vorfälle) und liegt auf dem 2. Platz der Bezirksämter, die am häufigsten Flüchtlingen elementare Lebenshilfen wie Unterkunft, Verpflegung und Kleidung verweigern.

Auch die örtliche Antifa weist seit vielen Jahren auf die wachsenden rechtsextremen Organisationsstrukturen und die sich etablierende Infrastruktur wie Läden, Kneipen und Treffpunkte im Bezirk hin.

Um diesen Zuständen wirksamer entgegenzutreten zu können, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und seiner Folgen für die BürgerInnen zu fördern, Gegenstrategien zu entwickeln und umzusetzen sowie die Bezirksöffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren, beauftragten die BVV-Fraktionen von SPD, PDS und Grüne das Bezirksamt im Februar 2001 eine qualitative Studie zu diesem Thema in Auftrag zu geben.

Diese Studie sollte die konkreten Erscheinungsweisen von Rechtsextremismus analysieren, eine Bestandsaufnahme der bestehenden Gegenkonzepte beinhalten sowie problem- und ressourcenorientierte Handlungsempfehlungen aussprechen.

Anfang 2003 erhielt dann das Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) den Auftrag diese Studie bis Mai zu erstellen. Dazu befragte das ZDK in über 100 Interviews, Gruppengesprächen und Fachkonferenzen bezirkliche Akteure in den Bereichen Schule, Jugend, Sport, Polizei und Verwaltung.

Daraus entstanden Situationsanalysen für:

1. Rechtsextreme Tendenzen (Existenz und Bedeutung rechter Parteien, Kameradschaften, Jugendcliquen, militante Gruppen wie „Vandalen“, Läden etc.),
2. Rassistische Tendenzen (MigrantInnen fühlen sich teilweise bedroht, haben Gewalterfahrungen, Probleme

mit Behörden, beklagen mangelnde Zivilcourage der BürgerInnen Pankows, fühlen sich nicht erwünscht),

3. Antisemitische Tendenzen (antisemitische Untaten auf Friedhöfen, Schmierereien, antisemitische Denkmuster in allen Bevölkerungsteilen, „Jude“ als Schimpfwort unter Jugendlichen).

Um die Verbreitung und Erscheinungsweisen dieser drei rechten Tendenzen zu überprüfen, erstellte das ZDK Überblicke in den drei besonders betroffenen Bereichen Schule, Jugend und Sport. Diese verdeutlichen bestehende Mängel an Sensibilität und Auseinandersetzung, geben konkrete Handlungsempfehlungen und stellen schon bestehendes bezirkliches zivilgesellschaftliches Engagement vor.

Die Kernforderungen des ZDK sind Aufbau/Förderung von Zivilcourage durch Vernetzung und politische Bildung, antirassistische Öffentlichkeitsarbeit des Bezirks und Zusammenarbeit mit BVG (um die Bahnhöfe, die als rechte Treffpunkte für Minderheiten „Angstzonen“ sind, und deren Umgebung wieder sicher zu machen).

In der öffentlichen Präsentation des Aktionsplans für Pankow bestärkten Bezirksbürgermeister Kleinert (PDS), Jugend-Bezirksstadträtin Keil (PDS) und Vertreter der Bezirksfraktionen den Willen zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen und eine Begleitung der Maßnahmen. Dazu soll ein bezirklicher Ansprechpartner mit allen engagierten Experten (Jugendamt, Schulen, Freizeiteinrichtungen, Antifa-Projekte etc.) die nun folgenden Maßnahmen planen, organisieren und sich um die Umsetzung kümmern.

■ OSKAR KRÜGER

Der Lokale Aktionsplan für Pankow kann im Büro der BVV abgeholt werden (Fröbelstr. 17, Haus 7)

Naziaktivitäten in Berlin (von oben nach unten):
Aufmarsch gegen NPD-Verbot 2000,
Nazianwalt Mahler am 1. Mai 2001,
Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit,
Aufmarsch 1. Mai 2003,
Fascho mit „Landser“-T-Shirt



Recht auf Rausch? oder Keine Politik gegen Pflanzen!



KURZE GESCHICHTE DER DEUTSCHEN DROGENPOLITIK

1766	Der hessische Landgraf Friedrich II. von Kassel verhängt das erste Kaffeeverbot in Deutschland.
1920	Verabschiedung des ersten deutschen Opiumgesetzes nachdem im ersten Weltkrieg tausende Soldaten heroinabhängig geworden waren.
1929	Im Deutschen Reich wird das Opiumgesetz durch das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln ersetzt, das die staatliche Kontrolle erhöhte und gleichzeitig eine Höchststrafe für den illegalen Handel von bis zu drei Jahren vorschrieb.
1972	Infolge der repressiven Entwicklung in den USA kommt es zur Revision des deutschen Betäubungsmittelgesetzes (BtmG) und zu einer eklatanten Verschärfung der Strafbestimmungen, die nun eine Höchststrafe von 10 Jahren Gefängnis vorsahen.
1981	Die Höchststrafe für sog. schwere Rauschgiftkriminalität wird auf 15 Jahre heraufgesetzt.

WAS IST CANNABIS?

Cannabis indica oder sativa kommt aus dem afrikanischen und asiatischen Raum. Der Hauptwirkstoff ist das Delta-9 Tetrahydrocannabinol (THC) in den Blüten der weiblichen Pflanze. Neben seiner therapeutischen Wirkung (entspannend, krampflösend, schmerzlindernd...) wird es unter Jugendlichen und Erwachsenen wegen seiner leichten Rauschwirkung geschätzt. Die Gefahr körperlicher Abhängigkeit besteht nicht, auch Langzeitschäden konnten bisher nicht nachgewiesen werden. Aber auch hier ist alles eine Frage der Dosis. Und Drogenmissbrauch ist auf jeden Fall gefährlich. Der Rausch hängt im wesentlichen von der Situation und vom Zustand ab, in welchem der Genuss erfolgt: Müdigkeit, aber auch erhöhte Aktivität, Redseligkeit, aber auch

anhaltendes Schweigen, das Gefühl, klarer und kreativer denken zu können, werden als Wirkungen genannt. Auch die männlichen Pflanzen sind nützlich und könnten für die Herstellung von Textilien oder Seilen oder als Futterpflanze genutzt werden. Doch dies ist z. Zt. noch verboten. Interessant: in der DDR wurden aus den Cannabinoiden der Herba Cannabis sativae recens Tinkturen gegen Schlaflosigkeit hergestellt, indischer Hanf galt aber als Rauschgift und war verboten.

AKTUELLE DROGENPOLITIK

Durch die Politik des alten SPD/CDU-Senats (exemplarisch für die gesamte BRD), weiche Drogen zu kriminalisieren und deren Konsumenten gesellschaftlich auszugrenzen, ist der Konsum von Cannabis keineswegs drastisch gesunken, geschweige denn völlig eliminiert worden. Sie muss daher als gescheitert bezeichnet werden. Ein Beweis dafür ist die Sterblichkeit durch illegalen Drogenkonsum, die in Deutschland bei 20,0 pro Million EinwohnerInnen liegt, in den Niederlanden jedoch nur bei 2,4. Ganz offenbar haben die Niederlande mit ihrer liberalen Drogenpolitik größere Erfolge als die repressive Drogenpolitik in der BRD (als einziges Land der EU nehmen hier die KonsumentInnenzahlen ab). Der niederländische Gesetzgeber hat aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen einen Unterschied zwischen Drogen mit unannehmbaren Risiken für die Gesundheit und Hanfprodukten, deren Risiko als weniger groß eingeschätzt werden, gemacht. In den Niederlanden geht man davon aus, dass der Umstieg von weichen auf harte Drogen eher soziale als physiologische Ursachen hat. Wenn Jugendliche, die weiche Drogen konsumieren, dies in einem Umfeld tun können, indem sie nicht mit der kriminellen Subkultur für harte Drogen in Berührung kommen (wie in Coffee-Shops), entsteht eine soziale Schwelle, die den Umstieg von weichen auf harte Drogen erschwert. Diese Erkenntnis erschließt sich hierzulande leider nur den wenigsten Politikern, doch im Berlin der heutigen Zeit scheinen andere Uhren zu ticken. Eine große Koalition aus SPD, PDS, Grüne und FDP wollen den Besitz von 15 Gramm (z. Zt.

6g) Haschisch nicht mehr strafverfolgen. Dies ist ein erster Schritt, doch er darf nicht der letzte bleiben, denn auch weiterhin werden das gefundene Hasch beschlagnahmt und eine Anzeige erstattet, und der Cannabisgenuss ist immer noch illegal und mit teuren bürokratischen Folgen verbunden (ein Polizeieinsatz kostet 1500 Euro pro sichergestelltem Gramm Cannabis). Die Berliner Justizsprecherin Boehnke lieferte ein nun mögliches Szenarium: sei das Projekt der PDS-Sozialsenatorin Knake-Werner erfolgreich, „könne überlegt werden, ob nicht der Senat eine bundesweite Gesetzesinitiative startet, um das Betäubungsmittelgesetz zu ändern, mit dem Ziel, Cannabis von der Drogenliste zu streichen“. Einziger Wermutstropfen: nachdem Knake-Werner zuerst eine freie Abgabe von Hasch in Apotheken als Modellversuch ankündigte, ist dies mittlerweile „nicht mehr geplant.“ Nur CDU, Polizei und Drogenbeauftragte des Senats fordern, angesichts des „hohen Niveaus“ des Drogenmissbrauchs, ein Abrücken von der geplanten liberalen Drogenpolitik - dabei sind Schnapsflaschen, Zigaretten, Pillenschachteln und Spielhallen-Jetons weitaus verbreiteter - Mittelchen die vom Recht auf Sucht gedeckt sind. Illegale Drogen, wie Heroin oder XTC, forderten im Jahr 1998 1674 Todesopfer - eine fast verschwindende Zahl im Vergleich zu den Opfern von Nikotin und Alkohol. Jährlich sterben fünf Mio. Menschen weltweit an den Folgen des Tabak- und Alkoholkonsums. Cannabis bleibt bei den illegalen Suchtstoffen klar die Nummer eins. Rund fünf Millionen Menschen zwischen zwölf und 59 Jahren sind damit vertraut. Aber die verbreitete Meinung Cannabis würde zum Konsum harter Drogen führen ist falsch. Ca. 95% der Heroinkonsumenten haben früher Cannabis geraucht, aber lediglich 5 % der KifferInnen greifen irgendwann auf härtere Drogen zurück. Das ist ein Unterschied und sicher haben auch 95% der Heroinkonsumenten früher geraucht oder Kaffee getrunken. Die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung und die Einschränkung des Drogenkonsums sind die postulierten Ziele der staatlichen Drogenpolitik. Nachdem jedoch

zahlreiche medizinische Studien die therapeutische Wirkung von Cannabis eindeutig positiv beurteilten, hatte der Gesetzgeber nichts anderes zu tun, als z.B. Aidskranken den rechtsfreien Raum der Selbstaufzucht von Cannabis-Pflanzen zu verbauen. Drogenkonsum ist aber kein kriminologisches, sondern allenfalls ein soziales oder medizinisches Problem. Wenn überhaupt schadet sich der oder die DrogenkonsumentIn höchstens selbst. Weder sind jedoch Extremsportarten noch übermäßiges Alkoholtrinken oder gar der Freitod strafbar. Vater trinkt abends sein Bier und manchmal einen Klaren dazu, Mutter qualmt, das gilt als völlig normal. Die Dose mit dem Inhalt nach dem deutschen Reinheitsgebot macht Feste schöner und beschwingter, auf die Zigarette danach schwören auch die meisten. Würde die Regierung Alkohol und Zigaretten verbieten, käme es ohne Frage zu einem Aufstand unter der Bevölkerung. Drogen - durch die Politik willkürlich in legale und illegale eingeteilt - sind Bestandteile unseres Lebens, Wegbegleiter des Menschen schon seit über tausend Jahren. Der sinnvolle Umgang mit ihnen muss erlernt werden. Dazu bedarf es neben der Aufhebung sinnloser Verbote auch Aufklärung und eine Versachlichung der gesellschaftlichen Debatte. Trotzdem sollte allen klar sein, dass Drogen nicht als tägliche Aufputscher genutzt werden sollten und es sich nüchtern am besten debattieren oder demonstrieren lässt.

WAS SAGT DIE WISSENSCHAFT DAZU?

Von 1996 bis 1998 hatte der Soziologieprofessor Dieter Kleiber der FU Berlin fast 1500 KifferInnen für eine vom Gesundheitsministerium geförderte Studie befragt. Ergebnis: Die Droge Cannabis macht nicht süchtig und ist auch keine Einstiegsdroge. Verbreitet wurden die Ergebnisse unter CSU-Bundesgesundheitsminister a.D. Seehofer nicht. Die Karlsruher Ärztin Ingeborg Siblinger betont, dass Cannabis in der Medizin, etwa nach Chemotherapien, erfolgreich eingesetzt werden könnte. Für Jugendrichter Werner Sack ist angesichts der geringen Gefährlichkeit und der weiten Verbreitung das Konsumverbot von Cannabis nicht zu begründen.

FAZIT

In der jetzigen politischen Debatte sollte noch mal auf einiges aufmerksam gemacht werden:

- Genauso wie mensch zwischen leichtem und starkem Tabak unterscheiden kann, muss mensch auch zwischen weichen (Haschisch, Marihuana) und harten (Heroin, LSD, XTC...) Drogen unterscheiden, wobei die weichen Drogen weitaus weniger schädliche Nebenwirkungen haben, als legale Drogen wie Tabak und Alkohol - dies ist unwiderleglich bewiesen.
- Weiche Drogen machen nicht physisch abhängig (Zittern, Angstattacken etc.) oder süchtig. Jedoch sind

und bleiben es Drogen die psychisch abhängig machen können. Dies ist aber von KonsumentIn zu KonsumentIn anders und liegt meist auch an anderen persönlichen Problemen. Bei sog. Dauerkonsumenten (ca. 2% aller KifferInnen) liegt eine Abhängigkeit vor, aber auch sie können aussteigen. Eine Studie zufolge weist Cannabis unter allen legalen und illegalen Drogen das geringste Abhängigkeitsrisiko auf.

- Es ist ein Trugschluss weiche Drogen als Sprungbrett zu harten Drogen zu bezeichnen, erwiesenermaßen griffen 85% der Aussteiger innerhalb eines Jahres auch zu keinen anderen illegalen Drogen. Der Cannabis-Konsum hat in seiner Zielrichtung eine mehr beruhigende Wirkung, die Drogen Kokain und Heroin hingegen eine stark euphorisierende. Es handelt sich also um zwei völlig unterschiedliche Dinge.
- Cannabis kann auch heilen. So hilft es z.B. Aidskranken gegen die Appetitlosigkeit, lindert Schmerzen und beruhigt. Nicht nur im Nahen Osten auch hierzulande war Haschisch lange und traditionell in der Kulturgemeinschaft eingebettet gewesen, so wurde es früher sogar in der Kirche mit Weihrauch und Myrrhe gehandelt.
- Das ein Verbot kurzsichtig ist liegt auf der Hand. Ein Verbot bedeutet immer, dass irgendetwas gefährlich ist. Erstens reizt dies besonders die Neugierde und zweitens wenn mensch nun feststellt, dass es mit der Gefährlichkeit der Droge nicht so weit her ist, kommt mensch möglicherweise auf die Idee, dass auch andere Drogen ungefährlich sind. Die Verbotspolitik produziert sich also die Probleme, die sie eigentlich zu bekämpfen vorgibt.

■ OSKAR KRÜGER



Law for Kids: mit solchen Comics werden us-amerikanische Jugendliche über die Gefahren von Marihuana aufgeklärt



DIE WOHLSTANDSZOMBIES



Ein großer Wurf, die Ausgabe zum 25 jährigen Bestehen der „Tageszeitung“. 1978 war eine Zeitung mit alternativen Gedankengut, gesellschaftskritischem Impetus und frecher Kommentierung der bundesdeutschen Wohlstandsallüren eine echte Novität. Leider, wie so oft in Politik und Publizistik, landete das wie ein Tiger gestartete Unternehmen als Bettvorleger für arrivierte 68er in Armani-Outfit.

Die Krönung dieses Niedergangs stellt die Jubiläumsausgabe dar: Vergessen die Ideologiekritik an der Bürger verdummenden Rolle der Springer-Presse, an vorderster Front die Bild-Zeitung, vergessen die Analyseverdrossenheit der Spaßgesellschaft, vergessen auch die Verpflichtung ernstzunehmender Zeitungsmacher zu Aufklärung und Abwehr eines Häppchenjournalismus, der Halbwahrheiten und Platiniden wohlfeil hält. Nein, fröhlich nach dem Slogan handelnd, kommt reiht Euch ein, wir wollen alle so spaßig wie Guido sein, übergab die Redaktion der taz das Zepter an den Chefredakteur der Bild-Zeitung Kai Diekmann und an andere erlesene Meinungsmacher. So konnten wir ein Interview mit Altkanzler Kohl lesen, dass sein Lieblingskommunist sein Mathematiklehrer gewesen sei. Nebenbei lernten wir vom Saumagen-Gourmand etwas über linkes Versagen und linken Verrat. Dieter Bohlen schreibt einmal nicht über Geschlechtsteile irgendwelcher Hupfdohlen, sondern über seine Jusozzeit. Hitler-Biograph Joachim C. Fest erklärt uns, warum Gröfaz (Größter Führer aller Zeiten) Adolf Hitler ein Linker war und am neuen Menschen sich abarbeitete.

Das Gruselkabinett könnte man fortsetzen mit Eberhard Diepgen -leider spricht er nicht über die Berliner CDU und die Banken-Affäre -, mit Michael Glos, Jörg Schönbohm, Hans-Olaf Henkel, Peter Boenisch, RTL-Chef Hans Mahr (Darf man sich als Grüner über Schumis Siege freuen?). Auch Gabi Zimmer will nicht fehlen und kritisiert mutig munter - nach zwanzig Jahren stolz getragenen DDR-Maulkorb - Fidel Castro und Hugo Chavez.

Vielleicht hat der Chefredakteur der großbürgerlichen FAZ Frank Schirrmacher recht, wenn er in dieser Ausgabe schreibt, dass Taz-Leser Masochisten seien. Der Kolumnist der Bildzeitung Franz Josef Wagner schildert süffisant, wie linke Politiker (damit meint er die grüngetünchten FDPler um J. Fischer) rechts leben: „Die Pflastersteinwerfer aus Frankfurt, Joschka und Co., landeten letztlich alle im besten Restaurant des Westends - bei Klaus Trebes im ‚Gargantua‘ (Menü 50 bis 65 Euro, z.B. Kutteln mit Morcheln!).“ Der große Irrtum der „Lieblingsfeinde“, wie die taz ihr Jubiläums-Sudelteam selbst nennt, ist es, Joschka und Co., die Taz-Redakteure und andere Wohlstandszombies als Linke zu bezeichnen, denn schon diesen 68ern und den später Geborenen fehlt jede Berührung mit den Ausgebeuteten, Ausgegrenzten und Schwachen der Gesellschaft. Ihr Links-Sein war schick und modern, weiter nichts. Man hing die Toilettentüren aus, man war ja so frei in der Kommune, man stolzierte nackt durch die WG, rauchte seinen Joint und hielt das für revolutionär. So konnte bei einem Urbayern wie Michael Glos, der besser mit rechten Schmutzdeckeln vertraut ist, der Eindruck entstehen, dies wäre eine „Linke“ Schmutzdecke, aus der die taz nun endlich herauskommen wolle. Quo vadis, ihr Wohlstandskinder?

Ein großer Wurf, diese Ausgabe zum 25 jährigen Bestehen der „Tageszeitung“, ein Wurf in die große Mülltonne für solchen uns täglich von allen Seiten servierten Schund!

Gelangweilt vom Leben?

Auf der Suche nach dem finalen Kick?

Hier kommt der ultimativeVorschlag! Nein, nicht Bungeespringen oder Basejumping - Schwarzfahring heißt der Trend der Neuzeit!

Mit nur 40 Euro bist du dabei, inklusive tätlichen Übergriff vom bulligen Schwachmaten und schnippischen Kommentar von schlecht blondierter Mittvierzigerin. Ganz Harte erfreuen sich noch Monate später an den Briefen der Süd Westdeutschen Inkasso KG (aufpreispflichtig) und den aktuellen Deutschen Charts in deren Warteschleife.

Ja, die Berliner Verkehrsbetriebe sind supertoll und haben viel zu bieten: schlechten Service, kaputte Automaten, geschlossene Bahnhöfe in der Nacht, Verspätungen und eben diesesWahnsinnsangebot fürAdrenalinjunkies.

Das sowas nicht länger zu solch günstigen Preisenfinanzierbar ist, versteht sich von selbst. So wird erst einmal das „Sozialticket“ ersatzlos gestrichen (wer braucht das schon?) und das

Standarticket gilt nur noch für eine Fahrt. Schließlich müssen zukünftig nicht nur die allseits beliebten Kontrollletis bezahlt werden sondern auch der „Kontrollleur für den Kontrollleur“. Leider kein Witz, die BVG will nach massiven Beschwerden ebensolche in den Dienst stellen. Da bleibt einem nur noch der BVG weiter sinkende Fahrgastzahlen zu wünschen und Rio Reiser mit „Mensch Meier“ zu zitieren:

„Nee, nee, nee, eher brennt die BVG!

Ich bin hier oben noch ganz dicht, der Spaß ist zu teuer, von mir kriegste nüscht!“

Rio Reiser Lyrics unter: riolyrics.de

Die vorvorletzte Seite

ÜBUNGSAUFGABE FÜR ANGEHENDE ZEITUNGSMACHER LEKTION 1

linke Publikation vs. Satiremagazin



Ordnen Sie die folgenden sechs Begrifflichkeiten den gezeigten Titelbildern zu!

- pseudokritisch – medienkritischer Ansatz
- Belanglosigkeit – konkreter Vorschlag
- schlechtes Wortspiel – hintergründige Fragestellung



Termine



19. Januar, 18:00 Uhr

Filmreihe „Recht auf Faulheit“: Tage aus dem Leben Ilja Oblomows (UdSSR 1979)

Filmaufführung und Abschlussdiskussion zu unserer Filmreihe mit Knut Elstermann (Radio Eins) und Susanne Grunewald (Initiative Off-Filmtage Potsdam, angefragt) und Stefanie Holuba (Autorin: „An der Grenze des Marxismus - Arbeiten Paul Lafargues“)

Filmmuseum Potsdam, Marstall, 14467 Potsdam

20. Januar

Großdemonstration gegen die Berliner Sparmaßnahmen im Bildungs- und Sozialbereich

Nähere Informationen in der Tagespresse

23. Januar, 18:00 Uhr

„Gesichter des Irak 2003“ – Galeriegespräch

„Gesichter des Irak 2003“ heißt die neue Ausstellung in den Veranstaltungsräumen der „Hellen Panke“. Gezeigt werden Gesichter von IrakerInnen, die vom Leben im Krieg „erzählen“, von Schicksalen der einfachen Menschen, fotografiert von der Fotojournalistin Gabriele Senft. Wir laden Sie recht herzlich zum Gespräch mit Gabriele Senft ein.

Helle Panke, Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin

23. Januar

Konzert – The Busters & Les Hurlements
SO36 – Kreuzberg

31. Januar, ab 21:00 Uhr

Punk-Rock und Bier –
„Lasst uns einen trinken - bevor die Preise sinken“
Im „Bandito Rosso“; Lottumstraße 10a Berlin

11. Februar, 18:00 Uhr

Berliner Bankenskandal - eine (Zwischen)Bilanz mit Mitgliedern des Untersuchungsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin und weiteren Gästen

Rosa Luxemburg Stiftung, Konferenzraum,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

3./4. April

europaweiter Protesttag gegen Sozialabbau und die neoliberale Politik

Nähere Informationen in der Tagespresse

Redaktionstreffen

jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat,
19:00 Uhr
im „Laden im Dritten“
Kopenhagener Straße 76
10437 Berlin



Sagt uns Eure Meinung!

Den Rotdorn Nr.37 fand ich _____

Themenauswahl _____ (Note 1-6)

Aufmachung _____ (Note 1-6)

Bester Artikel der Ausgabe _____

Warum? Weil, _____

Deine Kritik: _____

Schreibt mal was über: _____

Ich hab den Rotdorn _____
(Ort bzw. Anlaß/Gegebenheit) erhalten

Ich lese den Rotdorn regelmäßig zum 1. Mal; zum ___ Mal

Ich bin ___ Jahre alt.



**Sichert Euch die nächste Ausgabe:
Abonniert kostenlos den Rotdorn!**

Ich abonniere kostenlos den Rotdorn. (Die Portokosten werden durch die Anzeigen gedeckt. Don't worry.)

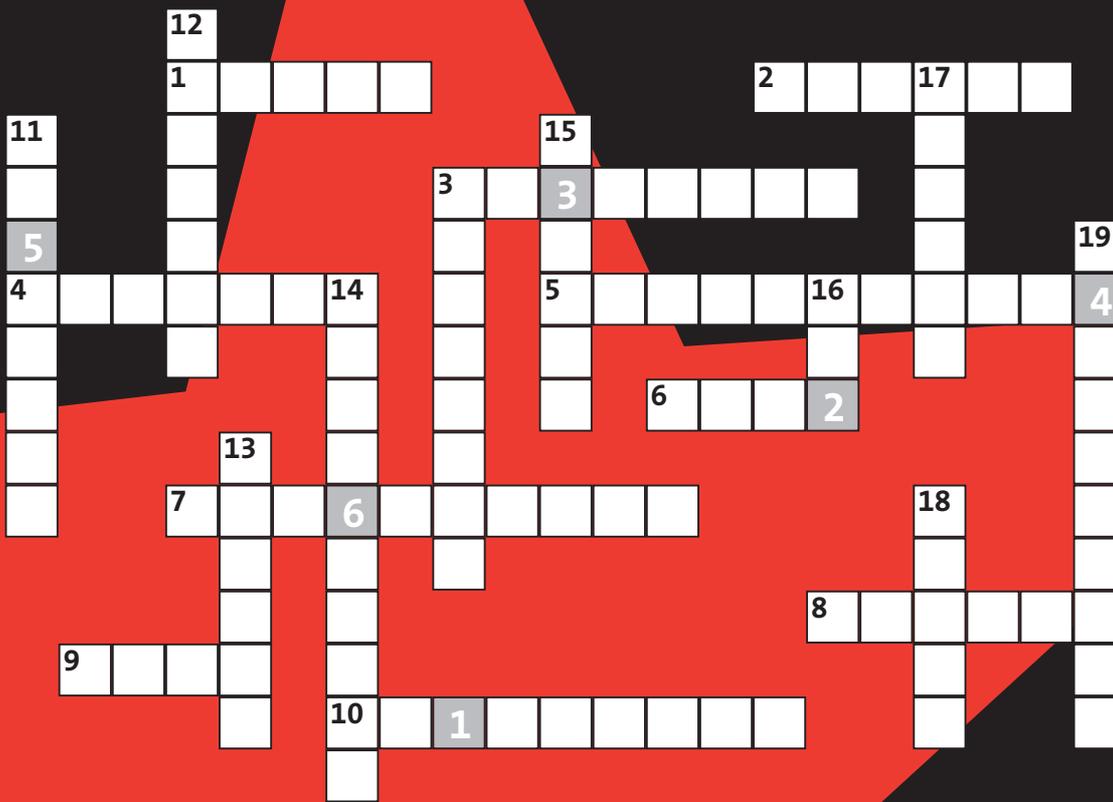
Ich würde gerne ein paar mehr Rotdörner verteilen.
Bitte schickt mir ___ Rotdörner.
Meine Telefonnummer ist die: _____

Ich möchte die Rotdorngruppe mal kennenlernen und zu einem Treffen eingeladen werden.

Ich möchte den Rotdorn-Newsletter erhalten. Meine e-mail-Adresse ist: _____



DAS PREISRÄTSEL



- | waagrecht | |
|-----------|--|
| 1 | Weltreligion |
| 2 | „Farben“ des Berliner Senats |
| 3 | Geburtsort von Luxemburg, Hauptstadt von Polen |
| 4 | Aufsehen erregendes Ärgernis |
| 5 | EU-Land mit positiver Drogenpolitik |
| 6 | „religiöser Haarwuchs“ |
| 7 | franz./span „rebellisches“ Grenzgebiet |
| 8 | Pleitestadt |
| 9 | Studentenvertretung |
| 10 | Canabis, Stein, Shit |
| senkrecht | |
| 11 | ehem. CDU-Generalsekretär, „soziales Gewissen“ |
| 12 | höchstes Gut der Wissensgesellschaft |
| 13 | Vorname eines kürzlich verhafteten Diktators |
| 14 | enger Freund von Luxemburg |
| 3 | internationale Finanzinstitution |
| 15 | erster SPD-Kanzler |
| 16 | Farbe der Liebe |
| 17 | Studentenvertretung der Humboldt-Uni |
| 18 | Stadt der Liebe |
| 19 | anderes Wort für Kriegsdienst |

Rätsel lösen, Karte abschicken, gewinnen!

Und zu gewinnen gibt es drei CD's und weitere fünf Einsender werden mit einem Trostpreis, der aus jeweils zwei Markenkondomen besteht, bedacht. Die Gewinner werden in der nächsten Ausgabe bekanntgegeben.

Die Gewinner der letzten Ausgabe:
 René K., 25 Jahre
 Franziska K., 18 Jahre
 Jana G., 16 Jahre
Herzlichen Glückwunsch!

Mein Lösungswort:

1 2 3 4 5 6

Kleiner Tipp: das Lösungswort ist im Bereich der aktuellen Studentenproteste angesiedelt

Name: _____

Anschrift: _____

Sagt uns eure Meinung! Benotet den Rotdorn, Themenauswahl und Aufmachung. Sagt uns welche Themen ihr vermisst habt und welche in die nächste Ausgabe sollen. Außerdem habt ihr die Möglichkeit und auf der Rückseite etwas über Euch zu verraten. Natürlich haben die Antworten auf der Rückseite keinen Einfluss auf die Gewinnchancen.

Bitte mit
45 Cent
frankieren

An
Rotdorn
Postfach 870106
13161 Berlin

Wehr dich gegen die

WEHRPFLICHT

Beratung zur
Kriegsdienstverweigerung

Montag bis Freitag
10 - 18 Uhr
Kopenhagener Str. 71
fon: 44 01 300
www.kampagne.de



Kampagne
gegen Wehrpflicht
Zwangsdienste
Militär